



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 16/17/18
Dienstag, 8. Dezember 2009
16:01 - 00:21 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 05.01.2010

Vorsitz:	Christa Flückiger	SP
Protokoll:	Gabriele Behring	
Stimmenzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsident und 34 Mitglieder	
Entschuldigt:		
1. Teil der Sitzung:	Edgar Zehnder	SVP
Anfang der Sitzung:	Dieter Amsler Till Hardmeier Martin Roost Urs Tanner	FDP JFSH OeBS, parteilos SP

TRAKTANDEN

1	VdSR Teilrevision 2009 der Bauordnung: Anpassung der Bestimmungen über Quartierpläne, Ausnutzungsübertragungen und Parzellierungen	Seite 472
2	VdSR Voranschlag 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	Seite 473

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
23.03.09	Postulat von Till Hardmeier (JFSH): Massnahmen zur Ertrags- und Effizienzsteigerung VBSH	
05.05.09	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Neue Vergabepraxis	
19.05.09	Postulat von Christoph Lenz (AL), Daniel Preisig (JSVP), Simon Stocker (AL): Kleinplakatierung in der Stadt Schaffhausen: Sauberes Aufhängen statt Runterreissen!	
19.05.09	VdSR Gestaltung Rheinufer	FK
28.05.09	Interpellation Till Hardmeier (JFSH): Für eine faire Meinungsbildung - Ergänzung von Vorlagen an den Grossen Stadtrat um Informationen zur Ablehnungsoption	
16.06.09	VdSR Konjunkturprogramm 09 zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft	GPK
11.08.09	Postulat Walter Hotz (FDP): Nutzung von Synergien zwischen kulturellen Institutionen	
13.10.09	VdSR Abgabe der Liegenschaft GB Nr. 102, Webergasse 2/4 "Zum goldigen Lämmlein/Zum Geldmangel" im Baurecht	GPK
20.10.09	VdSR Baurecht auf Parzelle 1355 für die Naturforschende Gesellschaft Schaffhausen, NGSH, zur Errichtung einer neuen Sternwarte	FK
20.10.09	Postulat Edgar Zehnder (SVP): Schulhaus Breite jetzt	
27.10.09	VdSR Verkauf von vier Einfamilienhausparzellen (GB Nr. 5421 bis 5424) "In den Burgwiesen" Hemmental	FK
27.10.09	Motion Till Hardmeier (JFSH): Eine Schuldenbremse für die Stadt Schaffhausen	
10.11.09	Interpellation Thomas Hauser (FDP): Reglement über die Bootsliegendeplätze (RSS 430.1)	
10.11.09	Postulat Urs Tanner (SP): Trolleybus unterwegs mit 100% erneuerbarer Energie - ohne Atomstrom	
10.11.09	VdSR Punktuelle Videoüberwachung (geplanter Einsatz, Reglement und Kreditantrag)	FK
18.11.09	VdSR Mittelbezug aus dem WoV-Fonds der Stadtgärtnerei für den Bau einer Fotovoltaikanlage	GPK

2009 Kleine Anfragen:

13	Simon Stocker (AL)	Stopp dem Abbau von Übungsräumen vom	31.08.09
14	Walter Hotz (FDP)	Leistungsorientiertes Planen von öffentlichen Bauten	28.09.09
15	Fabian Käsli (JFSH)	Massive Behördenpropaganda der städtischen Verwaltung	30.09.09
16	Till Hardmeier (JFSH)	Ungenügend genutzte Gebäude der Stadt	16.11.09

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR Teilrevision 2009 der Bauordnung: Anpassung der Bestimmungen über Quartierpläne, Ausnutzungsübertragungen und Parzellierungen

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage vom 24. März 2009 im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat stimmt den beantragten Änderungen der Bauordnung gemäss Anhang (Änderung von Art. 24 Abs. 5 und Art. 25 Abs. 5 BauO, neue Art. 64a und 64b BauO, Streichung von Art. 72 Abs. 2 lit. i und Art. 73 Abs. 2 lit. a BauO, redaktionelle Bereinigung von Anhang 12 BauO) zu.

Dieser Beschluss untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit i der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Traktandum 2 Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2010

Der Grosse Stadtrat heisst den Voranschlag der Einwohnergemeinde Schaffhausen für das Jahr 2010, die Anträge des Stadtrates in der Botschaft vom 15. September 2009 sowie die im Verlauf der Ratssitzung vorgenommenen Anpassungen mit 28 : 5 Stimmen wie folgt gut:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2010 wird genehmigt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98% festgesetzt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die Lohnsummentwicklung wird gemäss Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz mit 0,7% festgelegt.
4. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 Abs. 1 lit d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung

	Franken
330.500.320 Lindli, Umgestaltung u. Sanierung, 1. Tranche	280'000.--
350.524.211 KSS, Instandstellungsarbeiten	250'000.--
660.524.300 Schifffahrtsgesellschaft Untersee u. Rhein,	
Aufstockung Aktienkapital	300'000.--
750.501.765 Durach, Hochwasserschutz	600'000.--

5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2010 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, eröffnet die Dreifachsitzung Nr. 16/17/18 des Jahres 2009 mit der Begrüssung des Stadtpräsidenten Thomas Feurer, der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker; Peter Käppler und Peter Neukomm, der Ratsmitglieder, der Medienberichterstatter sowie der zahlreichen Gäste auf der Tribüne. Thomas Jaquet/Leiter Zentralverwaltung ist zur Unterstützung der heutigen Budgetdebatte ebenfalls anwesend.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Antrag auf vereinfachtes Verfahren zu Traktandum 1 der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 25.11.09
- Erneute Kleine Anfrage Nr. 16/2009 von Till Hardmeier (JFSH): Ungenügend genutzte Gebäude der Stadt vom 16.11.09
- GPK-Antrag zu VdSR Konjunkturprogramm 2009 vom 27.11.09
- GPK-Anträge zum Budget 2010 vom 01.12.09
- Finanzplan 2010-2013 des Stadtrates vom 24.11.09
- Personalinfo Nr. 3/2009

Verhandlungsbereit gemeldete Geschäfte:

Aus der GPK: VdSR Konjunkturprogramm 2009 vom 16.06.09. Dieses Geschäft wird auf die Traktandenliste der Ratssitzung vom 15.12.09 aufgenommen.

Aus SPK: VdSR Schulraumplanung 2008-2017 vom 14.01.2008. Der Bericht der SPK wird an der nächsten Ratssitzung auf den Pulten aufliegen. Das Datum der Verhandlung im Rat wird in Absprache mit dem SR und der Ratspräsidentin 2010 festgelegt (Ratssitzung 26. Januar 2010).

PROTOKOLL:

Aufgrund der intensiven und sehr langen Elefantenrunde der GPK konnte das Protokoll der Ratssitzung Nr. 15 vom 24. November 2009 dem Büro erst vergangenen Samstag zugestellt werden. Inzwischen ist das Protokoll geprüft, vom Büro genehmigt und liegt bei der Ratssekretärin auf. Die Bereinigung der Korrekturen findet am Mittwoch, 09.12.09, statt und das Ratsprotokoll Nr. 15 wird anschliessend wie üblich im Internet publiziert. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDENLISTE:

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

Traktandum 1**VdSR Teilrevision 2009 der Bauordnung:
Anpassung der Bestimmungen über Quartierpläne,
Ausnutzungsübertragungen und Parzellierungen**

Es erfolgen bis zum Ende der Beratungen keine Wortmeldungen zu diesem Geschäft.

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 24. März 2009 im vereinfachten Verfahren wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat stimmt den in der Vorlage vom 24. März 2009 beantragten Änderungen der Bauordnung gemäss Anhang (Änderung von Art. 24 Abs. 5 und Art. 25 Abs. 5 BauO, neue Art. 64a und 64b BauO, Streichung von Art. 72 Abs. 2 lit. i und Art. 73 Abs. 2 lit. a BauO, redaktionelle Bereinigung von Anhang 12 BauO) zu.
2. Dieser Beschluss untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit i der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR Voranschlag 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen

Walter Hotz (FDP)

GPK-Präsident

„Im Voranschlag 2010 rechnet der Stadtrat in seiner Vorlage vom 15. September 2009 mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 2'139'200.-- in der Laufenden Rechnung und einem Ausgabenüberschuss in der Investitionsrechnung von Fr. 19'857'000.--. Sie alle können sich vorstellen, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise den Voranschlag 2010, den die Verwaltung der Stadt Schaffhausen erarbeitet hat, stark erfasst und geprägt hat, aber auch den im Finanzplan 2010 bis 2013 vom 24. November 2009 mutmasslichen Aufwandüberschuss für das Rechnungsjahr 2009 von Fr. 1'541'000.--. Laut unserem Finanzreferenten Peter Neukomm wurden in der gesamten Verwaltung starke Sparanstrengungen unternommen; aber auch bei den Personalkosten konnte eine Stabilisierung erzielt, beziehungsweise ein zurückhaltender Kurs bei den Personalausgaben gefahren werden.“

Die Geschäftsprüfungskommission trat an ihrer Sitzung vom 23. September 2009 nach einer eingehenden, teilweise nicht gerade mit grosser Begeisterung über das Budget 2010 geführten Diskussion mit 6 : 1 Stimmen auf das Budget ein.

Erlauben Sie mir dazu schon jetzt eine Überlegung, die wir uns auch in der GPK kurz überlegt und diskutiert haben. Es wird nach unserer Auffassung für die zukünftige Beurteilung eines Budgets unumgänglich sein, dass der Stadtrat dem Stadtparlament im Voranschlag detailliert aufzeigt, wie gross der finanzielle Gestaltungsspielraum tatsächlich ist und welche Ausgaben in welchem Ausmass beeinflussbar sind. Dabei sind folgende Überlegungen nach meinem Dafürhalten zu berücksichtigen. Ich betone ausdrücklich, dass ich die folgenden Überlegungen mit meiner Kollegin und meinen Kollegen in der GPK nicht abgesprochen habe.

1. Einerseits sind auf der städtischen Ebene die gebundenen und damit generell nicht beeinflussbaren städtischen Ausgaben der politischen Entscheidung im Rahmen des Budgets der GPK, beziehungsweise dem Parlament weitgehend entzogen. Die gebundenen Ausgaben sind jene Aufwendungen, bei denen der städtischen Verwaltung bei der Leistungserbringung aufgrund der rechtlichen Vorgaben des Bundes, Kantons und der Stadt selbst kein Ermessungsspielraum zusteht.
2. Andererseits wissen wir, dass in jedem Budget eine grosse Anzahl von Ausgabenpositionen zu finden sind, die nur mittel- und langfristig beeinflussbar sind. Es handelt sich dabei im Wesentlichen um Ausgaben, welche aufgrund städtischer Erlasse, parlamentarischer und stadträtlicher

Beschlüsse oder aufgrund vertraglicher Verpflichtungen innerhalb eines Budgetzeitraums von einem Jahr nicht oder sehr marginal verändert werden können.

3. Als GPK Mitglieder und Parlamentarier verfügen wir lediglich im Rahmen der Budgetierung bei den kurzfristig beeinflussbaren Ausgaben über einen gewissen finanziellen Gestaltungsspielraum. Und selbst dort ist die Beeinflussbarkeit unterschiedlich tief, beziehungsweise hoch.

Fazit: Für ein zukünftiges ausgeglichenes Budget wird es für die städtische Verwaltung unumgänglich sein, sämtliche Kontopositionen nach Kriterien in zeitlicher und inhaltlicher Hinsicht zu klassifizieren, zum Beispiel: nicht beeinflussbar, wenig beeinflussbar, stark beeinflussbar.

Für mich steht ausser Zweifel, dass wir als Parlamentarier in Zukunft wieder einen Stellenplan mit dem Budget zur Genehmigung erhalten müssen. Eine Gesetzesänderung muss geprüft werden. Gerade die Aufwendungen im Personalbereich sind vom Jahr 2005 bis ins Jahr 2008 um Fr. 9 Mio. gestiegen. Wenn Sie den Finanzplan ansehen, prognostiziert der Stadtrat vom Jahr 2008 bis ins Jahr 2013 eine weitere Erhöhung um Fr. 6 Mio. Grösseres Sparpotential sehe ich deshalb nach wie vor im Personalbereich; von einer Stabilisierung beziehungsweise Reduktion der Personalausgaben kann hier wirklich nicht gesprochen werden.

Aber auch die zukünftige Teilauflösung des so genannten Delkrederes muss in der GPK mit dem Stadtrat nochmals eingehend diskutiert werden. GPK-Mitglied Hermann Schlatter wird sich dazu heute Abend noch äussern.

Wir als Parlamentarier müssen uns auch im Klaren sein, dass wir ausgeglichene Budgets in Zukunft nur gemeinsam mit einem führungsstarken und sparwilligen Stadtrat erzielen können. Und wenn ich als GPK-Präsident das Gefühl habe, dass die vorgegebenen Ziele in eine falsche Richtung laufen, so müssen und dürfen - ja es ist sogar meine Pflicht - auch einmal die „Fetzen“ fliegen. Das GPK-Präsidium ist nämlich kein Mandat zum Repräsentieren.

Die Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2010 zuerst in zwei Gruppen geprüft, die Fragenkataloge erstellt und bis spätestens am 23. Oktober 2009 der städtischen Verwaltung zugestellt. Am 9. November 2009 erfolgte die 1. Lesung der Fragenkataloge und Verabschiedung zuhanden des Stadtrates. Die Beantwortung des Fragenkatalogs mit dem Stadtrat erfolgte am 27. November 2009. Aufgrund der erhaltenen Antworten wurden seitens der GPK-Mitglieder verschiedene Änderungsanträge gestellt und verabschiedet. Die Liste vom 01. Dezember 2009: *„Auf Antrag des Stadtrates und der GPK wurden diverse Nachträge zum Budget 2010 gutgeheissen“* haben Sie auf Ihren Pulten liegen. Sie haben wie immer die Möglichkeit anlässlich der Detailberatung allfällige Fragen zu stellen. Nach Berücksichtigung aller Anträge ergibt sich bei der Laufenden Rechnung neu ein Aufwandüberschuss von minus Fr. 771'200.-- und ein Ergebnis der Laufenden Rechnung neu mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 1'368'000.--; bei der Investitionsrechnung ein Ausgabenüberschuss von zusätzlich Fr. 9'445'000.-- und ein Ergebnis der Investitionsrechnung neu von Fr. 29'302'000.--. Die Investitionen liegen so hoch wie schon lange nicht mehr. Ausschlaggebend ist die Kontoposition 350.524.213 übrige Freizeitgestaltung KSS, Sanierung der Eissportanlage gemäss Volksabstimmung vom 29. November 2009 mit Fr. 10'030'000.--.

Ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass aufgrund der Lohnveränderungen bei

einzelnen Finanzstellen in der Laufenden Rechnung ein Saldoausgleich zu erfolgen hat, wodurch sich das Budget 2010 um mehrere tausend Franken verändern kann.

Der Stadtrat schlägt dem Grossen Stadtrat eine Erhöhung der Lohnsumme um 1% vor. Aufgrund der zurzeit rückläufigen Teuerung muss bei den Löhnen für 2010 keine Teuerung berücksichtigt werden. Die Begründung für die 1% Erhöhung der Lohnsumme können Sie aus der Vorlage Seite 1 und 2, Punkt 1, entnehmen. In seiner Begründung will sich der Stadtrat wie der Kanton verhalten, der ursprünglich ebenfalls eine 1% Erhöhung der Lohnsumme budgetiert hat. Bekanntlich hat sich der Kantonsrat an seiner Budgetsitzung vom 23. November für eine Lohnerhöhung von 0,7% ausgesprochen. Anlässlich der GPK Sitzung vom 27. November 2009 hat der Stadtrat ebenfalls eine Lohnerhöhung von 0,7% beantragt. Ein Antrag auf 0,0% Lohnerhöhung wurde in der GPK mit 5 : 2 Stimmen abgelehnt. Die GPK schlägt Ihnen also für das Jahr 2010 eine Erhöhung der Lohnsumme von 0,7% vor. Sehen Sie dazu bitte auch die Positionen 280.300.200 bis 280.303.003 in den Anträgen der GPK.

Gemäss GPK vom 27. November 2009 gilt die 0,7% Erhöhung der Lohnsumme (und Sozialbereich) auch für die städtischen Werke und Verkehrsbetriebe.

An dieser Stelle möchte ich und im Namen der GPK-Mitglieder für die Arbeit aller städtischen Angestellten herzlich danken.

Gegenüber der vom Stadtrat vorliegenden Vorlage vom 15. September 2009 ergeben sich nebst einigen Budgetverschiebungen, die sich nicht auf das Ergebnis auswirken, folgende Änderungen:

Der GPK-Präsident verliest anschliessend die Beilage zu diesem Protokoll: Anträge der GPK und des Stadtrates zum Budget 2010 vom 01.12.09. (Diese Anträge wurden vom Parlament behandelt und teilweise korrigiert, siehe nachstehend im Protokoll).

Ein Antrag, den Steuerfuss von 98 Punkten um einen Punkt auf 97 Punkte zu senken, wurde in der GPK mit 5 : 2 Stimmen abgelehnt.

Somit ergibt sich lediglich beim Antrag 3 auf Seite 11 der Vorlage die Änderung:
Die Lohnsummenentwicklung wird gemäss Artikel 19 Absatz 2 Personalgesetz mit 0,7% festgelegt.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen: Aufgrund der gemachten Ausführungen beantrage ich Ihnen auf das vorliegende Budget 2010, inklusive den Anträgen gemäss Liste vom 01. Dezember 2009, einzutreten und den Anträgen des Stadtrates und der GPK zuzustimmen.

Die GPK-Mitglieder verabschiedeten mit 5 : 0 Stimmen, bei 2 Enthaltungen, das Budget 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen vom 15. September 2009 mit den Anträgen des Stadtrates und der GPK vom 01. Dezember 2009 zuhanden des Grossen Stadtrates mit der Feststellung, dass der Voranschlag den Vorschriften über den Gemeindehaushalt und über das Rechnungswesen entspricht.

Zum Schluss danke ich allen am Budget beteiligten Personen der städtischen Verwaltung herzlich, sei es für die Abgabe der verlangten Unterlagen, die Beantwortung der GPK-Fragen oder das Zusammentragen aller Zahlen. Einen besonderen Dank richte ich an unsere Ratsdekreterin Gaby Behring für die prompte

und ausführliche Erstellung der diversen Protokolle, an meine Kollegin und meine Kollegen in der GPK für ihre Unterstützung und ihren Einsatz, das grosse Verständnis und für das Ausharren bei den sehr langen Sitzungen. Danken möchte ich vor allem für Euer Engagement und die stets sachliche Diskussion.

Nun sehe ich mit Interesse der Budgetdebatte entgegen und danke für Ihre Aufmerksamkeit. “

Hermann Schlatter (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Es freut mich, nach 17 Jahren als Finanzreferent der Gemeinde Hemmental, wo ich das Budget jeweils zu kommentieren und zu vertreten hatte, erstmals hier im Rat das Budget der Einwohnergemeinde Schaffhausen im Namen der Fraktion zu kommentieren.

Der GPK-Präsident hat Ihnen den Voranschlag und die Arbeit der GPK erläutert. Besten Dank dafür an Walter Hotz. Mein Dank geht aber auch an den Stadtrat und die Verwaltung, welche unsere umfassenden Fragen ausführlich beantwortet haben. Speziell danken möchte ich Stadtrat Peter Neukomm, der trotz seiner kränkenden Verfassung bis zu später Stunde der Elefantenrunde beiwohnte. Ja, diese Elefantenrunde war für mich speziell. Erstens hatte ich das Vergnügen, erstmals bei dieser Arbeit dabei zu sein, zweitens war ich gespannt, mit welchen Sparvorschlägen unsere GPK-Kollegen von der Mitte und der linken Seite aufwarten würden und drittens wie die von der bürgerlichen Seite gemachten Vorschläge vom Stadtrat und von unseren Kollegen der Mitte und linken Seite aufgenommen würden.

Der GPK-Präsident hat Ihnen berichtet, wie die Sitzungen verlaufen sind. Von den anlässlich der Eintretensdebatte von Ende September gemachten Aussagen unserer Kollegen der Mitte und linken Seite, Sparvorschläge zu unterstützen, war dann an der Schlussitzung nicht mehr viel übrig geblieben, das Stimmenverhältnis war oftmals 4 : 3 oder 4 : 2, bei einer Enthaltung. Im Nachhinein frage ich mich, ob die Äusserungen, die anlässlich der Eintretensdebatte von unseren Kollegen gemacht wurden, nur eine Farce waren, um uns Bürgerliche dazu zu bewegen, den gestellten Antrag auf Nichteintreten auf das Budget 2010 - und damit Rückweisung an den Stadtrat - zurückzuziehen, was wir schlussendlich, vor allem im Sinne der bisher guten Zusammenarbeit mit dem Stadtrat, auch taten.

Es war Kleinarbeit, was anlässlich der Elefantenrunde, insbesondere auf Antrag der Bürgerlichen, beraten wurde. Aus meiner Sicht darf es kein Tabu sein, auch wenig ausgabenwirksame Posten auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen und allenfalls zu streichen. Auch Kleinvieh macht Mist. Nachdem zahlreiche Anträge nur mit einer Stimme Differenz angenommen wurden, hoffe ich sehr, dass heute Abend nicht Retourkutschen gefahren werden, denn dann müsste ich mich wirklich fragen, ob das System der Vorprüfung des Budgets durch die GPK, wie es in diesem Rat gepflegt wird, sinnvoll und effizient ist.

Das vor uns liegende Budget 2010 hat in der SVP/JSVP/EDU-Fraktion keine Begeisterungstürme ausgelöst, das ist vermutlich nicht verwunderlich. Ja, man hätte bei den trotz Finanzkrise immer noch ordentlich fliessenden Steuereinnahmen ein besseres, sprich schwarzes Ergebnis erwartet. Hier wird sich der Stadtrat, aber auch das Parlament überlegen müssen, ob man wirklich jedem Wunsch in Zukunft nachgeben kann und darf. Es gilt, inskünftig sich wieder vermehrt vor Augen zu halten, was ein „must“ und was ein „nice to have“ ist!

Gegenüber der Rechnung 2008 sind es insbesondere die Personalkosten, die um Fr. 4,5 Mio. zugenommen haben, während die Steuereinnahmen, vorwiegend durch den Ausgleich der kalten Progression bei den natürlichen Personen, im selben Zeitraum um Fr. 1.5 Mio. tiefer anfallen sollen. Und dass diese Steuereinnahmen hauptsächlich bei den juristischen Personen nicht tiefer ausgefallen sind, dafür sind die erfolgreichen Ansiedelungen von neuen Unternehmen auf der Gemarkung Schaffhausen mitverantwortlich. Ich meine, hier darf man auch mal ein Lob und den Dank an die Wirtschaftsförderung aussprechen. Dass die Wirtschaftsförderung aber aktiv Firmen ansiedeln kann, dazu braucht es auch private Investoren, die willens sind, die notwendigen Geschäfts- und Büroräumlichkeiten bereit zu stellen und dies gelingt nur, wenn diese gute Rahmenbedingungen vorfinden, und dazu gehören nebst guten Verkehrserschliessungen auch eine akzeptable Steuerbelastung. Meine Damen und Herren, amerikanische Unternehmen überprüfen nicht mehr wie früher alle drei bis vier Jahre ihre Steuersituation, heute geht dies im Jahresrhythmus und Headquarters sind schneller verlegt, als wir in diesem Rat eine vom Stadtrat verabschiedete Vorlage behandelt haben.

Obwohl das Budget zurzeit in der laufenden Rechnung mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 1,37 Mio. abschliesst, vertritt die SVP/JSVP/EDU-Fraktion mehrheitlich die Auffassung, für die Lohnentwicklung sollte der Stadt derselbe Betrag zugestanden werden, wie ihn der Kanton beschlossen hat, nämlich die vom Stadtrat revidierten 0,7% auf der Lohnsumme.

Unsere Hauptargumente sind:

1. Das neue Personalgesetz und mit ihm die neue Besoldungsregelung wurde eben erst eingeführt und dieses System sieht für gute Leistungen eine Leistungszulage vor.
2. Wir wollen keine Bevorzugung bezüglich Lohnentwicklung der städtischen Lehrerschaft gegenüber den anderen städtischen Verwaltungsangestellten.
3. Wir wollen nach der aufwändigen Abstimmung zwischen Kanton und Stadt in den Funktionsbewertungen nicht jetzt schon wieder erste Differenzen schaffen. Schon beim letzten Budget war man einhellig in diesem Rat der Meinung, dass die Stadt punkto Lohnentwicklung gegenüber dem Kanton kein Sonderzüglein fahren sollte.

Eine Minderheit unserer Fraktion ist indessen der Ansicht, dass die roten Zahlen keine Lohnerhöhung erlauben, dies insbesondere auch mit Blick auf die zahlreichen Nullsummenrunden und Entlassungen in der Privatwirtschaft.

Ein Gleichziehen mit dem Kanton bei der Lohnentwicklung bedeutet für die SVP/JSVP/EDU-Fraktion aber auch, dass wir bei den Rentnern ebenfalls das zu tun haben, was der Kanton beschlossen hat und damit den Antrag des Stadtrates, der keine Erhöhung der Renten vorsieht, unterstützen. Wenn ich im Protokoll der letzten Budgetsitzung richtig nachgelesen habe, so waren in diesem Punkt vor einem Jahr alle Fraktionen der Meinung, man solle auch bei den Rentnern mit dem Kanton gleichziehen, wobei bekanntlich im letzten Jahr eine 1%ige, teuerungsbedingte Rentenerhöhung beschlossen wurde.

Obwohl die Arbeitsmarktzahlen vom letzten Freitag in den USA positiv überrascht haben, glauben wir nicht an eine rasche Erholung unserer Wirtschaft. Dazu kommt, dass der Finanzplan für das Jahr 2011 ein Defizit von knapp Fr. 4 Mio. vorsieht, darin nicht eingerechnet sind die Kosten für die von diesem Parlament beschlossene

Einführung der geleiteten Schulen. Und ob sich im Jahre 2012 wirklich ein positives Resultat ergibt, erachten wir im Hinblick auf die erwähnten fehlenden Kosten für die geleiteten Schulen und den allfällig vom Kanton vorgesehenen Mehrkosten im Zusammenhang mit der Anpassung des Bildungslastenausgleichs mehr als fraglich.

Nebenbei bemerkt ist es für mich nicht verständlich, warum die vom Grossen Stadtrat beschlossene Vorlage für geleitete Schulen im Finanzplan nicht ausgabenwirksam eingeflossen ist. Dies umso mehr, als sich insbesondere in der Investitionsrechnung des Finanzplans Posten finden lassen, über die der Rat weder diskutiert, noch abgestimmt hat.

Für unsere Fraktion ist klar, ein ausgeglichener Haushalt in Zukunft genügt nicht, denn will dieser Rat die umfangreichen Investitionen tätigen, so brauchen wir im Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung Finanzierungsüberschüsse und diese ergeben sich bekanntlich grob gesagt aus Ertragsüberschüssen der Laufenden Rechnung vor Abschreibungen, abzüglich der getätigten Investitionen, zuzüglich allfälliger Desinvestitionen. Und nur mit ansehnlichen Finanzierungsüberschüssen wird es möglich sein, dass die durch die geplanten Investitionen aufgetürmten Schulden in einem vernünftigen Zeitraum abgebaut werden. Und sollen diese Investitionen mithelfen, dass sich gute Steuerpflichtige für den Standort Schaffhausen entscheiden, so darf der Schuldenabbau nicht über Steuererhöhungen erfolgen, im Gegenteil, Steuersenkungen sind der beste Weg, um neue zahlungskräftige Bewohner und insbesondere Firmen nach Schaffhausen zu locken.

Erfreut stellen wir fest, dass sich der neue Stadtrat darum bemüht, mit der Kantonsregierung Wege zur Zusammenarbeit und damit zur Kostensenkung zu suchen, was wir sehr begrüssen. Auch glauben wir, dass der Stadtrat Anstrengungen unternommen hat, um aus seiner Sicht ein verantwortbares Budget vorzulegen und dass in einem Jahr nicht alles umgekrempelt werden kann, was früher versäumt wurde, ist verständlich. Zudem stellen wir insbesondere als GPK-Mitglieder fest, dass sich der neue Stadtrat zum Ziel gesetzt hat, offener und transparenter zu informieren. Aus den genannten Gründen vertritt die Mehrheit unserer Fraktion die Meinung, eine Steuererhöhung sei heute, für das Budget des nächsten Jahres, nicht vertretbar.

Vertretbar ist für unsere Fraktion aber, dass stille Reserven im Zeitpunkt der Krise und beim Anfall grosser Investitionen aufgelöst werden sollen, weshalb wir den GPK-Antrag zur Auflösung eines zusätzlichen Betrages von Fr. 500'000.-- zu Lasten des Delkrederes unterstützen. Übrigens wurde dieser Antrag in der GPK so gestellt, dass die zusätzliche Auflösung nur dann zum Tragen kommt, wenn das Schaffhauser Volk der KSS-Vorlage zustimmt. Erfreulicherweise haben unsere Stimmberechtigten mit grossem Mehr dieser Vorlage zugestimmt. Für das vorliegende Budget bedeutet dies, dass durch die im nächsten Jahr anfallenden Investitionen von Fr. 8 Mio. in die KSS zusätzliche Abschreibungen von 5% anfallen. Sie finden diese Position auf Seite 2 der Anträge mit Fr. 395'700.--, was primär zu einer Verschlechterung des Budgets führt.

Sicher ist Ihnen zu Ohren gekommen, dass sich innerhalb der GPK mehrfach die Frage nach der Werthaltigkeit des Delkrederes auf den Steuerdebitoren für natürliche Personen, das per Ende 2008 mit Fr. 8 Mio. in der Rechnung ausgewiesen ist, gestellt hat. Dass dieses Delkredere nicht nur im Umfang von Fr. 2 Mio. werthaltig ist, entgegen Ihren anders lautenden Aussagen, Herr Finanzreferent, haben Sie mit dem vorliegenden Finanzplan auf Seite 26 beantwortet. Hier haben Sie nämlich vor, nebst der Auflösung im 2009 und 2010 von je einer Million Franken, weitere Fr. 3 Mio. - je

Fr. 1 Mio. in den Jahren 2011 bis 2013 - aufzulösen. Dass die Erkenntnis der Werthaltigkeit bei Ihnen wohl im Schlaf kam, ist zwar überraschend, aber Tatsache, denn anlässlich der letzten ordentlichen GPK-Sitzung, die am Vorabend der Elefantenrunde stattfand, äusserten Sie sich noch dahingehend, dass Fr. 6 Mio. der vorhandenen Fr. 8 Mio. des Delkrederes nicht werthaltig seien.

Nicht einverstanden ist unsere Fraktion damit, dass der Stadtrat Liegenschaften des Finanzvermögens auf eigene Rechnung sanieren und vermieten will. Ich spreche vom Marienstift und dem Haus zur Wasserquelle, dessen Sanierung im Konjunkturprogramm enthalten war. Wir vertreten klar die Meinung, dies sei nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, vielmehr erwartet unsere Fraktion vom Stadtrat einen Vorschlag, wie die Liegenschaften im Freihandverkauf interessierten Investoren abgegeben werden können. Dies ist deshalb schon notwendig, weil der Finanzplan beim Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung so hohe Fehlbeträge prognostiziert, dass alles unternommen werden muss, um die Verschuldung im Griff zu behalten. Unseren Kindern einen Schuldenberg zu hinterlassen kann wohl nicht die Absicht dieses Rates sein.

Die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** wird mehrheitlich auf das Budget eintreten und ihm in der vorliegenden Fassung - voraussichtlich mehrheitlich - auch zustimmen. Wir unterstützen ausdrücklich die von der GPK vorgenommenen Einsparungen. Allerdings behalten wir uns vor, zu weiteren Punkten des Budgets noch Fragen und allenfalls auch Anträge zu stellen. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Nachdem Hermann Schlatter von der SVP/JSV/EDU-Fraktion im Wesentlichen diejenigen Punkte bereits angeführt hat, die wir gemeinsam abgesprochen hatten, verzichte ich darauf, in meinem Votum darauf einzutreten und werde - so wie bei einem Eintretensvotum üblich ist - nicht Erbsen zählen, sondern einige politische Akzente setzen.

Unsere Fraktion wird grossmehrheitlich auf das vorliegende Budget eintreten und ihm - sofern nicht massive Veränderungen im negativen Sinn beschlossen werden - auch zustimmen. Der Stadtrat hat im Rahmen der schwierigen finanzpolitischen Lage und der ebenso schwierigen wirtschaftlichen Umständen ein Budget vorgelegt, das so schlecht gar nicht ist.

Wenn man mit einem Defizit von rund Fr. 2,1 Mio. auftritt, bei einem Gesamtaufwand von Fr. 214 Mio., ist das rund 1% des gesamten Budgets. Wer wie ich - und auch einige unter Ihnen - zu den alten Füchsen mit Budgeterfahrung gehört, weiss, dass dies im Rahmen der Budgetgenauigkeit liegt. Ich bin etwas enttäuscht, dass es der SR nicht geschafft hat, eine schwarze Null zu schreiben. Unsere Fraktion hätte erwartet, dass der Stadtrat nicht mit einer roten Zahl in die Budgetdebatte eintritt, sondern das durchaus Machbare umgesetzt hätte. Umgekehrt muss ich festhalten, dass bei näherer Betrachtung der Einzelpositionen des Budgets sehr wohl festzustellen ist, dass die Anstrengungen seitens des SR vernünftig zu budgetieren, durchaus Wert zu schätzen sind und sich im Vergleich zu früheren Legislaturperioden verbessert haben.

Die GPK hat gute Arbeit geleistet, die vorliegenden Anträge auf Budgetstreichungen erhalten vollumfänglich unsere Unterstützung. Es ist uns klar, dass die Stadt einen nur sehr beschränkten Spielraum hat, nicht nur bei denjenigen Positionen, die

aufgrund kommunalen Rechts als gebunden gelten, sondern auch in sehr vielen Bereichen des Sozial- und Schulbereiches, wo die gebundenen Ausgaben sich auf übergeordnetes Recht abstützen und daher kein Handlungsspielraum besteht. Trotzdem gilt es mit Sorgfalt anzuschauen, was ausgegeben wird.

In diesem Zusammenhang bin ich sehr froh über den Finanzplan 2010-2013; es geht um finanzpolitische Ausrichtungen und Entscheidungen und nicht darum, in irgendeiner Position noch Fr. 500.-- zu streichen, sondern primär darum, die wesentlichen Marksteine zu setzen, damit die Exekutive in ihrer Arbeit die Umsetzung vollziehen kann. Der vorliegende Finanzplan ist zukunftsorientiert, umfasst eine Vorwärtsstrategie - das schätzen wir - und stellt ein prozessorientiertes Arbeitspapier dar, das in unseren Debatten vermehrt Beachtung verdient. Ich bedaure, dass wir dieses Papier erst vor rund 10 Tagen erhalten haben. Unsere Fraktion hat sehr viele Sparvorschläge für das Budget zuhanden der GPK vorbereitet, der Finanzplan wäre eine sehr sinnvolle Unterstützung gewesen.

Ein Budget zu besprechen, beinhaltet auch den Blick in die Zukunft und nicht nur in die Vergangenheit zu werfen. Wenn wir auf drei Positionen, zum Beispiel auf Seite 6, eintreten, sehen wir, dass die hier abgebildete Prognose der Steuererträge so schlecht gar nicht ist. Aber 2012, spätestens ab 2013, ist mit einer massiven Erhöhung der Steuereinnahmen in unserem Kanton zu rechnen. Hermann Schlatter hat darauf hingewiesen, dass die Steuersätze nicht ganz irrelevant sind, wenn juristische Personen in einer Stadt oder einem Kanton anzusiedeln sind. Die Halbwertszeit von Entscheidungen für Umzüge oder Wegzüge sind sehr kurz geworden.

Der Finanzplan gibt Anlass zu Zuversicht, sofern wir auch die entsprechenden fiskalischen Rahmenbedingungen richtig setzen. Dazu gehört meines Erachtens auch, dass wir den Steuerfuss wiederum einen Punkt senken - aber da ist sich die Fraktion nicht einig - und der entsprechende Antrag wird noch gestellt. Diese Feststellung sei dreist und unvernünftig, könnten Sie dazu sagen. Wenn wir aber den Finanzierungsfehlbetrag auf Seite 10 studieren, stellen wir fest, dass ab dem Jahr 2013 ein erheblicher Finanzierungsüberschuss zu prognostizieren ist und der Selbstfinanzierungsgrad im Jahr 2013 bereits bei 600% liegen wird. Es gibt immer zwei Strategien: Entweder sehr zurückhaltend sein oder etwas wagen. Wenn wir die Steuereinnahmen im Rahmen des vorliegenden Budgets mit früheren Voranschlägen vergleichen, können wir feststellen, dass diese tiefer liegen als für das sehr schlechte Steuerjahr 2009 mit seiner Wirtschaftskrise. Wir sind mit rund Fr. 102'800'000.-- einiges unter dem, was man mit vernünftiger Berücksichtigung dieser vielleicht grosszügigen Prognose wagen könnte. Deshalb dürfen wir diesen kleinen Schritt vorwärts machen. Ich betone, dass dies nicht die Meinung der grossen Mehrheit der Fraktion ist. Die Gründe dafür wurden bereits eingehend von Hermann Schlatter erläutert. Ich verzichte darauf nochmals einzutreten.

Wenn ich von nicht allzu schlechten Prognosen spreche, müssen wir auf der anderen Seite die Entwicklung der Personalkosten näher betrachten. GPK-Präsident Walter Hotz hat darauf hingewiesen. Diese Kosten haben steigende Tendenz. Hier hat der SR bereits einiges eingeleitet, um die Problematik in den Griff zu bekommen. Wir sind in unserer Fraktion, gleich wie die SVP/JSVP/EDU-Fraktion, grossmehrheitlich zum Schluss gekommen, dass die beantragte Erhöhung der Lohnsumme um 0,7% durchaus vertretbar ist. Es geht darum, systemkonform zu handeln und für sehr gute Mitarbeitende auch eine kleine finanzielle Perspektive im Rahmen der eigenen Lohnentwicklung zu schaffen. Ich spreche von leistungsbezogenem Lohn, und dafür

sollen die finanziellen Mittel in einem vernünftigen Rahmen vorhanden sein. Es gilt zwischen einer grundsätzlichen Lohnerhöhung für alle im Sinne eines Teuerungsausgleichs und dem Besoldungstopf für diejenigen Mitarbeitenden zu unterscheiden, die im Rahmen ihrer Leistungsbeurteilung gute Arbeit geleistet haben und etwas zurückerhalten.

Unsere Fraktion wird demzufolge im Rahmen der Budgetdebatte die GPK-Anträge vollumfänglich unterstützen, und sie wird sich dort äussern, wo allenfalls Anträge im Bezug auf eine Verschlechterung des von der GPK vorgestellten Budgets gestellt werden. Zudem werden wir zu verschiedenen Positionen Fragen und Anträge stellen. Ich hoffe, dass wir heute Abend zu einem guten Schluss kommen und Entscheidungen treffen, die wir finanzpolitisch vertreten können. Ich weiss, dass ich mit meinem Votum nicht nur eine einheitliche Meinung der Fraktion wiedergeben konnte - dies zeigt allerdings auch, dass sich unsere Fraktion mit den Fragestellungen auseinandergesetzt hat. “

Rainer Schmidig (EVP)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Der GPK-Präsident hat Ihnen den Voranschlag und die Arbeit der GPK ausführlich erläutert - besten Dank dafür. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei der Verwaltung und beim Stadtrat für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen, speziell bedanke ich mich bei Stadtrat Peter Neukomm, der trotz Krankheit in der Marathonbudgetsitzung der GPK viel Geduld und Ausdauer gezeigt hat.

Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion ist vom vorliegenden Voranschlag nicht gerade begeistert, sieht er doch ein deutliches Defizit in der Laufenden Rechnung vor und auch der tiefe Selbstfinanzierungsgrad ist alles andere als befriedigend. Das schlechte Umfeld macht sich offenbar bei diesem Voranschlag eben schon bemerkbar.

Der Stadtrat hat sich im Vorfeld der Beratungen in der GPK alle Mühe gegeben, das Budget so tief wie möglich zu halten. So konnte auch die GPK keine wesentlichen substantiellen Verbesserungen vornehmen. Wenn wir nun an die kommenden und zum Teil schon beschlossenen Investitionen denken, ist vom Rat und der Verwaltung grosse Budgetdisziplin gefragt, und es wird uns nicht erspart bleiben, intensiv nach Einsparungsmöglichkeiten zu suchen. Da wir aber in diesem Prozess auf eine gut funktionierende Verwaltung und auf motivierte Angestellte angewiesen sind, unterstützt die OeBS/CVP/EVP-Fraktion die Erhöhung der Lohnsumme entsprechend dem Kanton um 0,7%. Das neue Lohnsystem wurde ja mit dem Versprechen eingeführt, dass gute und sehr gute Leistungen entsprechend honoriert werden. Dies ist aber nur möglich, wenn die Mittel dazu zur Verfügung gestellt werden. So dauert es für Angestellte bei der bis anhin verfolgten Lohnpolitik rund 35 Jahre vom Minimum bis zum Maximum im entsprechenden Lohnband. Die meisten jungen Angestellten werden also das Maximum nicht mehr vor ihrer Pensionierung erreichen, auch wenn sie immer eine gute oder sehr gute Beurteilung bekommen.

Die mageren nächsten Jahre zeigen, dass wir mit dem Steuerfuss vorsichtig umgehen müssen. Wenn immer möglich, sind kleine Korrekturen nach unten durchaus zu begrüssen, aber grosse Sprünge bergen die Gefahr des Scheiterns, und die dann notwendige Erhöhung wäre das denkbar schlechteste Signal, das die Stadt aussenden könnte. Unsere Fraktion unterstützt deshalb den Marschhalt, den der Stadtrat in der angestrebten Senkung der Steuern eingelegt hat und wird dem vorgeschlagenen Steuerfuss einstimmig zustimmen.

Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** wird auf den Voranschlag 2010 eintreten und den Änderungsanträgen der GPK je nach Verlauf der Diskussion in den meisten Fällen zustimmen. Einzelne Mitglieder werden allenfalls noch Fragen zu Budgetpositionen stellen.

Zum Schluss dankt unsere Fraktion allen städtischen Angestellten ganz herzlich für den Einsatz, den sie das ganze Jahr über zugunsten der Stadt und ihrer Bevölkerung leisten.

Christoph Lenz (AL)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Ich darf Ihnen im Namen der SP/AL-Fraktion die Fraktionserklärung zum Voranschlag 2010 der Stadt Schaffhausen bekannt geben. Da der GPK-Präsident und der Finanzreferent das Budget in seiner korrigierten Fassung bereits ausführlich vorgestellt haben, will ich mich auf einige, der SP/AL-Fraktion wesentliche Punkte beschränken.

Die wirtschaftliche Situation hat sich im laufenden Jahr abermals verfinstert. Die Krise schlägt bereits heftig auf die Konsumentinnen und Konsumenten, die Bürgerinnen und Bürger durch. Die Arbeitslosigkeit steigt, gerade auch in unserer Region, massiv an. Die Folgen dieser Entwicklung sind dem Budget zu entnehmen. Soziale Kosten steigen, die Einnahmen bei den Einkommenssteuern brechen weiter ein. Dass der neue Stadtrat in diesem schwierigen Umfeld trotz aller Widrigkeiten einen annähernd ausgeglichenen Voranschlag vorgelegt hat, dafür möchte ihm die SP/AL-Fraktion ein Lob aussprechen. Das Defizit im Rahmen von rund einem Prozent entspricht nicht nur dem Streubereich, sondern dem annähernd Bestmöglichen, was in der jetzigen Situation verantwortbar ist.

Die Diskussionen in den letzten Wochen verliefen relativ wild; wir möchten an dieser Stelle betonen, dass es nicht der Stadtrat ist, der diese Krise ausgelöst hat, und dass diese Krise wahrscheinlich gar nicht entstanden wäre, wenn alle Unternehmen so wie unser Stadtrat gewirtschaftet hätten. Aber jetzt haben wir den Salat und müssen darauf reagieren.

Wenn die Wirtschaft kollabiert, kann man nicht auch noch die zweite Stütze unserer Gesellschaft, den Staat kleinhausen - es gibt gewisse Leute, die diesem Prinzip nachleben wollen. Um es mal so zu sagen: Der Staat ist der Lender of last resort für unsere Gesellschaft. Wenn alles andere vor die Hunde geht, dann muss jemand die Sauerei aufräumen. Dieser Jemand ist der Staat. Wir werden in den nächsten Jahren die sozialen Konsequenzen der heutigen Krisensituation noch zu spüren bekommen. Und all jenen, die immer fordern, dass der Staat nach privatwirtschaftlichen Prinzipien geführt wird, möchte ich zurufen, dass der Staat eben im Gegensatz zu den Banken nicht einfach nur an morgen, sondern auch an übermorgen und in 50 Jahren denken muss. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir den Staat in der Krise stärken und nicht schwächen.

Deshalb finden wir es auch richtig, dass der Stadtrat die Investitionen nur massvoll zurückgenommen hat und dass das städtische Personal, das eine hervorragende Arbeit leistet, einen Teuerungsausgleich erhält. Da sind wir allerdings unterschiedlicher Auffassung: Wir sehen in erster Linie den Teuerungsausgleich als wichtig an; dies wird der Personalreferent aber noch mit der Personalkommission aushandeln.

Wir finden es auch richtig, wenn der Stadtrat jene Positionen, bei denen er Einfluss nehmen kann (über 90% der Kosten sind gebunden) nicht einfach auf Null herunter gefahren hat, ohne die Konsequenzen zu bedenken. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Gesamtaufwand für Drucksachen, Büro- und Schulmaterial hat in der stadrätlichen Fassung vom 24.09.09 gegenüber dem Voranschlag 2009 um 3%, das heisst Fr. 100'000.-- abgenommen. Dieses Beispiel illustriert die hervorragende Arbeit des Stadtrates.

Zwischen dem 24. September und dem heutigen 8. Dezember hat, wie Sie alle wissen, die GPK sich diesen Voranschlag vorgenommen. Das war eine diffizile, tiefgehende und zeitraubende Angelegenheit, und ich möchte meiner Kollegin, meinen Kollegen und insbesondere dem Präsidenten für die teilweise von mir angezweifelte Nützlichkeit dieser Aufsässigkeit danken; speziell danke ich dem Stadtrat dafür, wie geduldig er uns ertragen hat und natürlich allen, die uns in der städtischen Verwaltung zugehört haben.

Im Rahmen der Elefantenrunde am Freitag vor einer Woche kam es - wie bereits von Hermann Schlatter ausgeführt - zu ungefähr 50 Sparanträgen. Ich danke ihm dafür, dass er erwähnt hat, dass unsere Seite damit fast nichts zu schaffen hat. Bis heute haben wir den Sinn der meisten Sparanträge nicht gefunden und werden auch heute dagegen antreten.

Wir nehmen die Diskussionen in der Investitionsrechnung erneut auf, weil sehr zukunftssträngige Posten gestrichen wurden; zum Beispiel, und das ist mir persönlich jetzt ein grosses Anliegen, die Sanierung des Marienstifts wurde gemäss GPK gestrichen. Diese Liegenschaft, die früher die International School Schaffhausen beherbergte, zählt zu den vornehmsten und gewinnträchtigsten Immobilien in der Hand der Stadt. Ähnlich wie die Wasserquelle steht sie schon geraume Zeit leer, beide verursachen der Stadt im Moment nur Kosten. Das Potenzial beider Liegenschaften liegt brach, obwohl sich beide sehr gut zur Vermietung eignen würden. Die Wasserquelle für Büros oder gehobenen Wohnraum mitten in der Altstadt, sowie ein Verkaufslokal im Erdgeschoss, das Marienstift für eine Kanzlei mit hervorragender Verkehrsanbindung, für Arztpraxen oder gar für den Geschäftssitz eines durch die Wirtschaftsförderung nach Schaffhausen geholten Unternehmens, das von seiner hervorragenden Verkehrsanbindung profitieren könnte.

Einer konservativen Schätzung zufolge entgehen uns alleine mit diesen beiden Liegenschaften rund Fr. 200'000.-- an Mieterträgen, und zwar jährlich wiederkehrend. Hinzu kämen im Fall des Marienstifts neues Steuersubstrat durch neu geschaffene Arbeitsplätze, und, so es sich um einen Geschäftssitz handelt, auch um Steuern von juristischen Personen. Klar, um diese Erträge zu erzielen müsste man zuerst investieren. Fr. 850'000.-- hat der Stadtrat für das Marienstift vorgesehen.

Meine Damen und Herren zu meiner linken Seite (vom Rednerpult aus gesehen), die einer Sanierung skeptisch gegenüber stehen, möchte ich Folgendes sagen: Erstens gibt es nichts Gescheiteres, als Investitionen dann zu tätigen, wenn die Zinsen im Keller sind, so wie gerade jetzt. Zweitens würden die Investitionen nach der uns vorgelegten Ertragskalkulation ziemlich zügig durch die Rückflüsse amortisiert. Mit dem Geld, das man dann verdient, könnte man ziemlich viel Gescheites anstellen - vielleicht sogar nicht so Gescheites, zum Beispiel die Steuern senken.

Jene bürgerlichen Kräfte, welche zu einem Verkauf dieser Liegenschaften tendieren -

dies hat Hermann Schlatter bereits angetönt - sollten Folgendes einsehen: Dass es unheimlich schwierig ist, einen Käufer für ein Objekt zu finden, dessen Verkauf erst noch von Parlament und auch Volk abgesegnet werden muss. Dass viele von der Wirtschaftsförderung akquirierte Unternehmen nach schlüsselfertigen Objekten suchen, die sie innert kürzester Frist beziehen können, was einen Kauf mit Volksabstimmung ausschliesst. Der Zeitrahmen von eineinhalb Jahren ist viel zu lang, kein Unternehmen wartet so lange mit einer Übersiedlung nach Schaffhausen. Dass niemandem geholfen ist, wenn diese Liegenschaften einfach weiter leer stehen und der Stadt auf der Kasse liegen.

Zum Schluss noch ganz kurz zum Steuerfuss: Ich persönlich habe ja nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass eine moderate Erhöhung des Steuerfusses für mich durchaus drin liegt. Inzwischen haben mich der Stadtrat, die GPK-Mehrheit und die Fraktion aber überzeugt, dass es in diesem Jahr noch nicht nötig ist. Das Eigenkapitalkonto der Stadt steht solide da, rund zwei Jahre mit einem Defizit im Streubereich kann die Stadt Schaffhausen durchaus noch verkraften. Jene Kollegen von der FDP, die immer noch mit einer Steuerfussenkung flirten, möchte die SP/AL-Fraktion herzlich einladen, wieder auf den Pfad der Vernunft zurückzukehren. Die Lage ist zu ernst, um heute Abend aufgrund von unsicheren Prognosen - gerade letztes Jahr haben wir schmerzhaft feststellen müssen, dass Prognosen problembehaftet sind - eine Steuersenkungsshow abzuziehen. Wer heute eine Senkung des Steuerfusses verlangt, steht am Schluss nicht als Märtyrer da, sondern als Gambler, und Gambler haben diese Krise verursacht. Eine von Glücksspielern verursachte Wirtschaftskrise lässt sich schlecht mit Glücksspiel bekämpfen. Wir behalten uns vor, in der Diskussion Anträge und Fragen zu stellen und bedanken uns für die konstruktive Arbeit.

Die **SP/AL-Fraktion** wird auf das Budget eintreten und ihm vorbehältlich einiger Änderungen zustimmen. “

Peter Neukomm

Stellungnahme des SR

”Ich möchte vorausschicken, dass Sie das Budget letztmals in der gewohnten Form erhalten haben. In 2011 erfolgt die Umstellung auf die funktionale Gliederung mit gestrafftem Kontenplan. Für das vorliegende Budget hat sich der Stadtrat nochmals für die etwas teurere, aber anwenderfreundlichere Form eines gebundenen Buches mit integrierten Kommentaren auf der Gegenseite entschieden, was schlussendlich auch einem Wunsch aus dem Parlament entsprach.

Zuerst möchte ich dem GPK-Präsidenten für die ausführliche Darstellung des Budgets und den Bericht über die Vorberatung in der GPK danken. Diese hat sich sehr eingehend mit dem Budget beschäftigt und ihre Aufgabe ernst genommen - ein Teil der GPK vielleicht manchmal etwas zu ernst, wenn ich daran denke, wie lange über einzelne Details bis spät in die Nacht diskutiert wurde. Zu den GPK-Anträgen vorweg nur soviel:

Einen Teil davon wird der SR mittragen. Gegen einen weiteren Teil wird er sich nicht zur Wehr setzen, weil er es aufgrund ihrer Tragweite unangemessen findet, darüber einen Streit vom Zaun zu reissen. Bei einem dritten Teil der Kürzungsanträge, nämlich denjenigen, die er aus gewichtigen Gründen nicht nachvollziehen kann, wird er heute Gegenanträge stellen.

Ich möchte an dieser Stelle auch meiner Kollegin und meinen Kollegen im SR, allen

Bereichs- und Abteilungsleitern und natürlich allen Mitarbeitenden, die mitgeholfen haben, dass wir trotz absehbar schwierigerem Umfeld und tieferen Steuereinnahmen ein fast ausgeglichenes Budget für 2010 erreicht haben. Da steckt viel Knochenarbeit dahinter. Sie wissen, dass das Rohbudget noch ein Defizit von über Fr. 12 Mio. aufwies. Der SR musste deshalb kräftig den Rotstift ansetzen und schmerzliche Einschnitte machen.

Gesamtbeurteilung:

Die Einschätzung des SR hat sich seit der Präsentation des Budgets 2010 vom 23.09.09 nicht wesentlich verändert. Es handelt sich um ein verantwortbares Ergebnis trotz schwierigem Umfeld und ungewissen Aussichten. Das Resultat liegt im Streubereich eines ausgeglichenen Budgets, wie von Dr. Raphaël Rohner bereits ausgeführt.

Wenn ich von einem schwierigen Umfeld spreche, dann meine ich, dass wir nächstes Jahr die wertvollen Leistungen, welche die Stadt zugunsten der Bevölkerung erbringt, trotz schwacher Konjunktur, steigender Arbeitslosigkeit und Sozialausgaben sowie sinkenden Steuereinnahmen finanzieren müssen. Gleichzeitig wollen wir kräftig in unsere Standortqualitäten investieren.

Immerhin ist am konjunkturellen Horizont ein Lichtschimmer aufgetaucht. Nach einem Jahr Rezession hat die Schweizer Wirtschaft im dritten Quartal dieses Jahres erstmals wieder leicht zugelegt, und zwar um 0,3%, was aber immer noch 1,3% unter dem Wert des Vorjahres liegt. Es ist zu hoffen, dass die Talsohle damit erreicht ist, und es wieder aufwärts geht. Für Euphorie ist es aber zu früh, denn die Unsicherheiten sind noch gross. Sicher ist einzig, dass uns der Arbeitsmarkt, der immer verzögert auf die Konjunktur reagiert, nächstes Jahr noch Bauchschmerzen bereiten wird. Das seco rechnet mit 5,2% Arbeitslosigkeit, bei den Jungen gar mit über 9%. Dieser Anstieg dürfte auch wieder Rückwirkungen auf die Konjunktur haben, vor allem auf die Binnennachfrage (rund 60%), die sich in den vergangenen Monaten erstaunlich robust zeigte und neben den Staatsausgaben und den automatischen Stabilisatoren (vor allem Sozialversicherungen) zu einer echten Konjunkturstütze wurde. Wenn Sie die heutige Zeitung lesen, sehen Sie, dass bereits gewisse Anzeichen für einen Einbruch des Privatkonsums sichtbar sind. Ich hoffe, es kommt nicht soweit.

Für das Jahr 2010 rechnen die neusten Konjunkturanalysen nur mit einem kleinen Wachstum von 0,8% und einer etwa gleich hohen Teuerung. Kanton und Stadt wollen 2010 beide je rund Fr. 36 Mio. investieren, was sich für die regionale Wirtschaft sicher als wertvolle Stütze erweisen wird. Als Unwägbarkeit bei den Ausgaben erweist sich die vom Kanton avisierte Veränderung der Verteilung der Bildungslasten und die Neuregelung der Pflegefinanzierung, welche nun auf 2011 zu erwarten ist.

Das budgetierte Defizit lag bei der Verabschiedung des Budgets durch den SR bei Fr. 2,1 Mio. Unterdessen wurde es durch weitere Kürzungen des SR und der GPK auf rund 1,4 Mio. reduziert, wobei vor allem die Korrektur der Lohnsummenentwicklung ins Gewicht fällt. Ob Fr. 2,1 Mio. oder Fr. 1,4 Mio. - Fakt ist, dass unsere Defizitprognose unter 1% des Haushaltes (konsolidierte Gesamtausgaben) von rund Fr. 225 Mio. zu liegen kommt. Das ist sehr weit entfernt von einem "tief roten Budget", das in der Öffentlichkeit von politischen Exponenten auch aus diesem Rat völlig falsch kolportiert wurde.

Weil gewisse Leute offenbar etwas Mühe mit den finanzpolitischen Relationen und Realitäten haben, verweise ich an dieser Stelle gerne auf das „Glossar der Grundbegriffe der Finanzpolitik von A bis Z“ des Bundes. Gemäss diesem ist ein Haushalt bei der Laufenden Rechnung im Gleichgewicht, wenn das Defizit höchstens 2% der Einnahmen beträgt. Der Kommentar zur Kantonsverfassung aus dem Jahr 2004 hält zu Art. 97 Kantonsverfassung (Sicherstellung des Haushaltsgleichgewichts) fest, im Kanton habe sich die Praxis durchgesetzt, dass ein Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung von bis zu Fr. 4 Mio. noch als ausgeglichener Staatsvoranschlag bezeichnet werden könne. In diesem Zusammenhang zitiere ich auch gerne den kantonalen Finanzdirektor, der am 27.10. letzten Jahres im Kantonsrat festhielt, dass 1,5% des Umsatzes noch im Streubereich eines ausgeglichenen Haushalts liege. Damit befinden wir uns also mit der Laufenden Rechnung 2010 im Bereich der Vorgabe von Art. 7 Finanzhaushaltsgesetz (FHG), der mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt verlangt.

Wichtige Positionen im Voranschlag und Kennzahlen, die sich aufgrund der Volkabstimmung über die KSS leicht verändert haben:

Ertrag:

Die Einnahmen sind ziemlich stabil prognostiziert. Immerhin wird der Rückgang der Steuern von Fr. 114 Mio. auf Fr. 112 Mio. spürbar sein. Wir hoffen, dass wir 2010 nochmals mit einem blauen Auge davon kommen werden. Die prognostizierten Steuereinnahmen werden aber nur dank der Auflösung des Delkrederes erreicht. Die Eingänge der natürlichen Personen erweisen sich als ziemlich stabil. In der Rechnung 2008 lagen sie noch bei Fr. 95,81 Mio. Für 2010 wird mit einem leichten Rückgang auf Fr. 94,22 Mio. gerechnet. Bei den juristischen Personen werden wir zwar das budgetierte Ergebnis nicht erreichen, es fällt aber weniger schlimm aus, als befürchtet. In der Rechnung 2008 tauchten die Einnahmen von Fr. 32 Mio. auf Fr. 19 Mio., 2010 sollen sie gemäss Vorgaben des Kantons „nur“ auf Fr. 17 Mio. sinken. Der Regierungsrat sieht aktuell keinen Grund, die von der kant. Steuerverwaltung relativ optimistisch prognostizierten Steuereingänge für die nächsten 3 Jahre, auf die wir im Budget und im Finanzplan 2010-13 abgestellt haben, zu revidieren.

Delkredere:

In Anwendung des Vorsichtsprinzips des FHG wurde in der Rechnung 2008 ein Delkredere über Fr. 11 Mio. (8 bei den natürlichen und 3 bei den jur. Personen) für ausfallgefährdete Steuerforderungen aus den Jahren 1992 - 2008 gebildet. Davon werden 2009 - wie ich das anlässlich der Debatte zur Rechnung 2008 im GrSR angekündigt habe - Fr. 4 Mio. (Fr. 3 Mio. juristische Personen und Fr. 1 Mio. natürliche Personen) aufgelöst. Im Budget 2010 wird für den Abbau des Delkrederes eine weitere Million eingestellt. Eine Mehrheit der GPK - wie von Hermann Schlatter dargelegt - wollte für den Fall der Annahme der KSS-Vorlage durch das Volk, was die Laufende Rechnung 2010 mit zusätzlichen Fr. 400'000.-- für Abschreibungen belasten wird, noch weitere Fr. 500'000.-- Delkredere auflösen. Der SR wird sich dagegen nicht wehren, sondern weist einfach darauf hin, dass es sich dabei um reine Budgetschönung, um sogenanntes Window-dressing handelt. Wir werden einfach in den Folgejahren weniger auflösen können. Insgesamt werden bis 2010 Fr. 5,5 Mio. des Delkrederes abgebaut sein. Der Rest soll jährlich und kontinuierlich weiter reduziert werden. Wir handhaben das damit gleich wie der Kanton, der bei der Umstellung vom Ist- auf das Soll-Prinzip bei den Steuern ebenfalls ein Delkredere gebildet hat und dieses seither schrittweise auflöst.

Es ist in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass die Finanzkontrolle mit ihrem Revisionsbericht Gemeindesteuern 2008 vom 02.11.09 unser Vorgehen bei der Bildung des Delkrederes im Grundsatz bestätigt hat. Ich zitiere aus dem Revisionsbericht: *"Insbesondere die Bildung des Delkrederes für die gefährdeten Ausstände von Fr. 6 Mio. der Jahre 1992 - 2005 basiert auf fundierten Überlegungen (Art. 12 FHG) und wurde angemessen dokumentiert."* Die Empfehlungen der Finanzkontrolle, insbesondere bezüglich des darüber hinausgehenden Delkrederes werden durch die Stadt umgesetzt. Das kann ich Ihnen an dieser Stelle versprechen. Da die gefährdeten Steuerforderungen auch Einfluss auf die Kantonssteuern haben, stellt sich auch beim Kanton die Frage, ob eine Wertberichtigung vorzunehmen ist. Deshalb werde ich mich zusammen mit unserem städtischen Steuerchef noch vor Weihnachten mit dem kantonalen Finanzdirektor und dem Chef der kantonalen Steuerverwaltung zusammensetzen.

Wir sind natürlich froh, dass die Mehrheit der GPK den Antrag des SR auf Belassung des Steuerfusses bei 98 Punkten mittragen kann.

Aufwand:

Beim budgetierten Aufwand fällt auf, dass von den insgesamt Fr. 214,9 Mio. vor allem diejenigen Bereiche, welche durch die Führung beeinflusst werden können, stabil bleiben oder im Verhältnis zum Budget 2009 sogar reduziert werden. Dies gilt auch für die Personalkosten, abzüglich der beantragten Erhöhung der Lohnsumme liegen sie tiefer als im Budget 2009. Das hängt damit zusammen, dass den zusätzlichen Ausgaben zufolge Erhöhung der Lohnsumme markante Einsparungen in diversen Verwaltungsabteilungen von rund Fr. 1,4 Mio. gegenüber stehen. Mehrkosten entstehen im Wesentlichen vor allem dort, wo zusätzliche Dienstleistungen durch den GrSR beschlossen worden sind, wie beim Ausbau der Schulsozialarbeit, der WG-Geissberg, der Quartier- und Jugendarbeit oder beim Künzle-Heim, das nach der Sanierung wieder in den Vollbetrieb übergeht.

Der SR hat nach der Verabschiedung des kantonalen Budgets 2010 gegenüber der GPK seinen Antrag auf Erhöhung der Lohnsumme von 1% auf 0,7% revidiert. Die GPK hat diesen Antrag mit einer Mehrheit übernommen, worüber wir natürlich froh sind. Die Aufteilung in den individuellen und generellen Anteil wird gemäss Personalgesetz vom Stadtrat nach der definitiven Genehmigung der Lohnsummenentwicklung durch den Grossen Stadtrat und nach Konsultation der Personalkommission festgelegt. Es ist aber kein Geheimnis, dass der SR individuellen Erhöhungen den Vorzug geben würde.

Erfreulich ist, dass der Sachaufwand im Vergleich zum Budget 2009 leicht reduziert werden konnte. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass hier wenig Spielraum bleibt, vor allem was den baulichen Unterhalt betrifft, wo wir seit Jahren auf einem eher tiefen Level fahren. Aufgeschobener Unterhalt bei städtischen Liegenschaften bedeutet Schulden machen. Erfreulich ist, dass die Zinsbelastung aus den Schulden durch die Erträge aus dem Finanzvermögen in ein positives Zinsergebnis umgewandelt werden können. Die grossen Kostentreiber finden sich vor allem bei den nicht beeinflussbaren Faktoren: Ins Gewicht fallen hier nächstes Jahr die Erhöhung der Beiträge an die Krankenkassenverbilligung von Fr. 0,8 Mio. und die im Vergleich zum Budget 2009 höheren Sozialausgaben über Fr. 1,4 Mio.

Aufgrund der anspruchsvolleren Rahmenbedingungen werden beim Aufwand zusätzliche Anstrengungen notwendig sein, um den städtischen Finanzhaushalt mittelfristig im Gleichgewicht zu halten. Einerseits haben wir einen Dauerauftrag, mit

den finanziellen Mitteln sparsam umzugehen und der Effizienz bei der Leistungserbringung Nachachtung zu verschaffen. Andererseits müssen wir unseren Leistungskatalog grundsätzlich überprüfen, auch wenn auf kommunaler Ebene 70 - 80% der öffentlichen Aufgaben durch übergeordnetes Recht festgelegt sind. Neben Fragen des Standards bei der Leistungserbringung gilt es vor allem auszuloten, ob bestimmte Dienstleistungen überhaupt noch in der heutigen Form erbracht werden sollen und nicht allenfalls kostengünstiger im Verbund mit anderen Gemeinden oder dem Kanton angeboten werden könnten. Das soll im Nachfolgeprojekt von Opti als Antwort auf die Motion Wullschleger geschehen. Der GrSR wird nächstes Jahr einbezogen.

Investitionen:

Wie aus dem Finanzplan zu ersehen ist, möchten wir in den nächsten drei Jahren - analog zum Kanton - kräftig investieren. Damit sollen nicht nur die Grundlagen für ein nachhaltiges Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum gelegt, sondern auch gleich ein Beitrag zur Stützung der regionalen Konjunktur geleistet werden. Durch die Annahme der KSS-Vorlage am 29.11.09 liegen die Bruttoinvestitionen neu bei Fr. 34,5 Mio., netto verbleiben Fr. 31,0 Mio. Dabei fliesst der grösste Teil des Geldes in die neue Eissportanlage der KSS, das neue Künzle-Heim, die Erneuerung des Museums Allerheiligen sowie in Sanierungen von Schulen und Turnhallen.

Kennzahlen:

Dank einer umsichtigen Finanzpolitik des Stadtrats konnte die Verschuldung in den vergangenen Jahren von Fr. 65 Mio. auf rund Fr. 50 Mio. gesenkt werden. Das sind Fr. 1'475.-- pro Kopf. Der kantonale Durchschnitt liegt über Fr. 1'600.--. Alles unter Fr. 2000.-- gilt noch als gute Finanzlage. Unsere Nachbargemeinde Neuhausen weist eine ungedeckte Schuld von über Fr. 4'000.-- pro Kopf auf. Aber das interessiert diejenigen natürlich nicht, die einen "riesen Schuldenberg" bei der Stadt brauchen, um Stimmung gegen den SR zu machen.

Unsere Verschuldensquote befindet sich noch klar unter 50% der Steuererträge, was gemäss herrschender Lehre und Praxis noch moderat ist und zu keinerlei Massnahmen Anlass gibt (vergleiche OBT Gemeindepraxis 2010). Deshalb geniessen wir bei den Banken ein hervorragendes Rating, was uns bei der Aufnahme von Fremdgeld gute Konditionen beschert. All diese Gründe und auch unser grosses Immobilienvermögen werden es uns zum Glück ermöglichen, unsere Schulden in den nächsten zwei bis drei Jahren zwecks wichtiger Vornahme wichtiger Vorinvestitionen vorübergehend zu erhöhen.

Nun noch zu den Finanzkennzahlen, die auf Seite 5 ff. der Botschaft zu finden sind. Sie haben sich vor allem wegen der am 29.11.09 durch das Volk angenommenen KSS-Vorlage und die Zusatzanträge seit der Verabschiedung im SR verändert.

Als Basis wurde die Vorlage der GPK verwendet:

	alt	neu
Überschuss der Laufenden Rechnung:	Fr. 2,139 Mio.	Fr. 1,368 Mio.
Selbstfinanzierungsgrad	38,77%	31,95%
Selbstfinanzierungskraft	4,32%	4,88%
Zinsbelastungsquote	0,02%	0,02%
Investitionsanteil	12%	15,35%

Ausblick - Finanzplan 2010-13:

Unsere Stadt muss nachhaltig wachsen. Dazu gibt es keine Alternative, weil die Mortalitätsrate immer noch höher ist als die Geburtenrate. Aufgrund der demografischen Zusammensetzung unserer Bevölkerung brauchen wir vor allem den Zuzug junger Familien. Hierfür möchten wir investieren. Da laufen wir synchron mit den Bemühungen des Standortmarketing der Wirtschaftsförderung und ihrer Kampagne für das "kleine Paradies".

Wie aus dem Finanzplan 2010-2013 zu ersehen ist, will der SR die Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung verbessern, weil die Einführung des Halbstundentakts Ende 2012 eine grosse Chance für uns darstellt, die wir unbedingt nutzen sollten. Die NZZ hat am 04.12.09 unter dem Titel "Der Kluge wohnt nah am Zuge" den Zusammenhang zwischen Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr und der damit verbundenen Aufwertung von Wohnlagen beleuchtet. Dabei wurde als Beispiel speziell auf Schaffhausen und die Einführung des Halbstundentakts nach Zürich auf Ende 2012 hingewiesen: *"Im Kanton Schaffhausen wird der Effekt enorm sein. An bester Lage sind hier Eigentumswohnungen mit 4 ½ Zimmern unter Fr. 600'000.-- und Einfamilienhäuser unter Fr. 1 Mio. zu haben. Davon träumt mancher im Grossraum Zürich."* Im selben Artikel wird festgestellt, dass aufgrund der gemachten Erfahrungen im Kanton Zürich der Halb- oder gar Viertelstundentakt nach Zürich für den Wert einer Liegenschaft wesentlich wichtiger sei, als der Steuerfuss.

Um auf 2013 bereit zu sein, müssen wir also dafür sorgen, dass attraktiver Wohnraum für den gewünschten Bevölkerungszuwachs geschaffen wird. Das bedingt in den nächsten drei Jahren markante Vorinvestitionen, weil wir Bauland einzonen und frei gespieltes Land verkaufen oder im Baurecht abgeben können. Das wird sich auszahlen, weil wir damit unser Steuersubstrat kräftig vergrössern und Schulden zurückzahlen können. Auf diesem Weg soll wieder Spielraum für spätere Steuerentlastungen geschaffen werden. Der Finanzplan wird im GrSR nicht behandelt und dient allein dem SR als internes Führungsinstrument. Wir hoffen aber, dass Sie und das Volk unsere Strategie mittragen werden. Wir sind überzeugt, dass sie erfolgreich sein wird.

Bemerkungen zu den Stellungnahmen der Fraktionssprecher und der GPK:

Walter Hotz hat verlangt, dass wir künftig den Gestaltungsspielraum aufzeigen sollen. Hier verweise ich auf Opti plus; wir werden allerdings in der Rechnung und im Budget nicht jede einzelne Position mit entsprechenden Kommentaren versehen, dafür müssten einige Mitarbeitende eingestellt werden. Wir werden jedoch aufzeigen, wie vom GPK-Präsidenten gewünscht, in wie weit diese Kosten - vor allem bei den grössten Posten - überhaupt beeinflussbar sind. Die Forderung, dass der Stellenplan wieder zur Genehmigung geschaffen werden soll, ist ziemlich absurd und für mich unverständlich. 2007 wurde das neue Personalgesetz eingeführt, wir können uns jetzt im 2009 nicht wieder davon verabschieden. Das neue Personalgesetz sieht keinen Stellenplan vor. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt heute Abend auf die Einflussmöglichkeiten des Parlaments in diesem Bereich zurückkommen. Es geht hauptsächlich um die Gesamtlohnsumme.

Walter Hotz verlangt einen führungsstarken Stadtrat. Da stellt sich aber die Frage, was der GPK-Präsident unter Führungsstärke versteht. So wie ich Walter Hotz verstehe, heisst das, dass ein Stadtrat das macht, was er (Walter Hotz) will. Führung und Organisation der Verwaltung ist ganz klar Kompetenz des Stadtrates und nicht der GPK, auch nicht des GPK-Präsidenten. Wenn diese Tatsache nicht akzeptiert

werden kann, bleibt nur ein Weg aus diesem Dilemma: Dann muss Walter Hotz das nächste Mal als Stadtrat kandidieren.

Hermann Schlatter und Dr. Raphaël Rohner haben Schattenboxen betrieben, wenn sie verlangen, dass eine schwarze Null erreicht werden müsse. Als ehemaliger Finanzreferent ist Hermann Schlatter bestens informiert, dass die meisten Kantone, Gemeinden und auch der Bund zurzeit mit roten Zahlen, und mit viel höheren, budgetieren. Das hat nichts mit "nice-to-have" zu tun, sondern mit dem stark veränderten Umfeld. Es ist mir klar, dass aus politischen Gründen ein solches Umfeld negiert werden kann. Aber der Stadtrat betreibt keine Budgetschönung, wir tragen die Verantwortung und kürzen dort, wo es für uns verantwortbar erscheint. Mit der massiven Kürzung des Rohbudgets sind wir in einen verantwortbaren Bereich gekommen, das heisst ein ausgeglichener Finanzhaushalt, wie dies vom Gesetz auch verlangt wird. In einem sehr ernsthaften Prozess wurden schmerzhaft Einschnitte vorgenommen. Wir wehren uns aber gegen Eingriffe, die nur eine schwarze Null ergeben sollen, sondern kürzen dort, wo es sinnvoll ist und dort, wo es kontraproduktiv ist, nehmen wir keine Kürzungen vor. Sie als Parlament können weitere Kürzungen vornehmen. Aber der Stadtrat übernimmt die Verantwortung für das Ihnen gelieferte Budget - Sie können damit machen, was Sie wollen, es ist nachher Ihr Budget. Wenn beim Schulmaterial Zehntausende von Franken zusammengestrichen werden müssen, ist die absolute Schmerzgrenze wirklich erreicht. Sie können jederzeit den Zentralverwalter fragen, der seit 25 Jahren dabei ist. Vermutlich wurde das Budget noch nie derart vertieft in Detailpositionen durchleuchtet.

Ich bedanke mich für das dem SR entgegengebrachte Verständnis von Dr. Raphaël Rohner, für seine Steuersenkung bleibt aber in der Stadt - wie auch beim Kanton - einfach kein Spielraum. Alles andere würde die von ihm gelobte Vorwärtsstrategie gefährden. Der Stadtrat will eine gewisse Verlässlichkeit und Langfristigkeit, und findet diese wichtiger als kurzfristige Budgetschönungen. Der Finanzplan des Regierungsrates hat übrigens die gleiche Stossrichtung.

Rainer Schmidig und Christoph Lenz danke ich für ihre Unterstützung. Zur von Hermann Schlatter erwähnten Delkredereauflösung im Finanzplan möchte ich bemerken, dass der Finanzplan rechtlich nicht verbindlich ist, sondern eine optimistische Annahme. Ob das aufgezeigte Vorgehen auch möglich sein wird, ist eine andere Frage. Die GPK wird über konkrete Schritte informiert, der Stadtrat übernimmt die Verantwortung. "

Fabian Käslin (JFSH)

Votum

"Es ist natürlich schön, wenn man bei einem Minus noch von "ausgeglichen" reden kann. Mir ist es egal, aus welchem Büchlein zitiert wird, Minus bleibt Minus, am Ende zählen die harten Zahlen, und die sind rot, daran kann auch das schönste Büchlein nichts ändern. Nur weil andere Kommunen auch rote Zahlen schreiben, heisst dies noch lange nicht, dass man das gleiche tun muss. Zu den erwähnten Verkehrsanbindungen: Niemand bezweifelt, dass diese entscheidend sind; niemand bezweifelt, schon gar nicht ich, dass der Halbstundentakt einen positiven Effekt auf Schaffhausen haben wird. Nur, hier schmückt sich SR Peter Neukomm mit fremden Federn; dies hat herzlich wenig mit dem Budget 2010 oder dem Finanzplan zu tun.

Zum Budget 2010: Ich persönlich hätte es gerne gesehen, wenn das Budget ausgeglichen gewesen wäre, wie das Fraktionskollege Dr. Raphaël Rohner bereits

erwähnt hat. Gerade in der momentan wirtschaftlich sehr schwierigen Situation sollte sich unsere Stadt nicht noch mehr verschulden. Bereits heute ist der Schuldenberg immens. Gemäss Finanzplan soll sich dieser in den nächsten Jahren zudem massiv erhöhen. Schulden sind bekanntlich die Steuern von morgen. Schulden grenzen den Handlungsspielraum unserer Stadt auch massiv ein, ein Grossteil des Budgets geht allein für Schuldzinsen drauf. Damit könnte man Sinnvolleres tun, zum Beispiel Steuern senken.

Zu Christoph Lenz möchte ich sagen, dass Steuersenkungen wichtiger sind als der Unterhalt von privaten Anwaltskanzleien durch die Stadt. Denn unsere Stadt hat es durchaus nötig, Steuersenkungen zu erhalten; im Vergleich der Steuerbelastungen stehen wir schlecht. Man muss nicht weit gehen, um bereits viel weniger zu zahlen. Steuerfuss, Schuldenberg, die globale Wirtschaftskrise - alles hätte eigentlich nach einem ausgeglichenen Budget verlangt. Schliesslich sind auch in Schaffhausen viele Arbeitnehmer unsicher, was ihre persönliche wirtschaftliche Zukunft anbelangt. Wenn man diesen nun auch noch einen solchen Schuldenberg und weitere rote Budgets zumutet, verbessert das nicht unbedingt die Situation dieser Arbeiter, die schlussendlich auch Steuerzahler sind.

Ich bin mir sicher, dass es heute eine lange Sitzung mit vielen Anträgen von allen Seiten geben wird. Lassen Sie mich deshalb noch kurz ein paar Gedanken der Jungfreisinnigen ausführen:

Wir werden natürlich auch Anträge stellen, aber nicht zu jedem einzelnen Punkt. Wir sind durchaus der Meinung, dass der Stadtrat als Exekutive eigentlich am besten weiss, wo er Geld einsparen kann, ohne dass er massiv Leistungen abbauen muss. Dazu kommt, dass unser Parlament, natürlich vor allem die linke Ratsseite, viel zu massiven Mehrkosten beigetragen hat: Die geleiteten Schulen sind nur ein Beispiel. Dazu kommt manchmal auch die so genannt unheilige Allianz: So haben die Kollegen der SVP zusammen mit der Ratslinken sich für massiv höhere Sitzungsgelder dieses Rates ausgesprochen. Auch das verschlechtert das Budget und die Rechnung. Es liegt also nicht nur am Stadtrat zu sparen, sondern an uns allen. Die Stadtkasse ist kein Wunschkonzert. Wir alle wollen, dass es dieser Stadt gut geht. Aber wir dürfen dabei nicht das Augenmass verlieren. Wir müssen uns im Rahmen des Möglichen bewegen. Ich gönne Herrn Feurer seinen Lohn, ich gönne der Kulturelite ihre Hallen für neue Kunst, und ich gönne den Curlern ihre Halle und dem Stadtpersonal auch seine Lohnerhöhung. Aber man muss sich einfach immer fragen, ob wir es uns auch leisten können, und ob wir diese Kosten wirklich den Steuerzahlenden aufbürden dürfen. Wünschen und gönnen kann man vielen viel, aber man muss es eben auch bezahlen können. Und hier liegt unser Problem. Solange wir einen so hohen Schuldenberg aufweisen, solange wir rote Budgets präsentieren, solange wir keine Steuersenkungen beschliessen können, solange muss man den Gürtel enger schnallen. Das wird notabene überall in der Privatwirtschaft gemacht. Überall werden Kosten gesenkt, teilweise gar Personal abgebaut. Die meisten privatwirtschaftlichen Budgets sind rückläufig, denn ein Unternehmen kann es sich nicht leisten, einfach immer noch mehr Schulden zu machen. Die öffentliche Hand glaubt leider, dass sie es kann. Was für uns alle im Privaten gilt, nämlich, dass Schulden schlecht sind, soll nicht gelten, wenn wir alle zusammen eine Gemeinschaft bilden? Das ist für mich eine schwachsinnige Vorstellung. Schulden sind schlecht, rote Budgets sind schlecht, hohe Steuern sind schlecht.

Eine Minderheit der FDP/JFSH-Fraktion wird deshalb eine Steuerfussreduktion

fordern. Wir werden einer Lohnerhöhung nicht zustimmen können. Ich hoffe, dass Sie das nun vorliegende Budget, das noch lange nicht positiv ist, nicht noch weiter verschlechtern werden; andernfalls werden wir nicht zustimmen können. “

SR Thomas Feurer**Stellungnahme**

”Wir haben sehr differenzierte Stellungnahmen gehört - bis jetzt zum Schluss. Es fällt mir schwer, es zu ertragen, wenn permanent von einem immensen Schuldenberg gesprochen wird. Fabian Käslin, diese Aussage ist schlicht und einfach geschäftsschädigend. Unsere Stadt bezahlt zwar Schuldzinsen in der Höhe von Fr. 5,3 Mio., der Vermögensertrag liegt aber bei rund Fr. 9 Mio. Die finanziellen Mittel wurden demzufolge intelligent investiert. Ihre UBS lebt genau von diesem Geschäft. Ich finde es ungeheuerlich, wie Sie diese Stadt gegenüber den Stimmbürgern permanent schlecht reden. SR Peter Neukomm hat in seinem Bericht die Ausgangslage sehr differenziert geschildert; es geht dem Stadtrat sicherlich nicht darum, einfach Geld zum Fenster hinauszuerwerfen, sondern er hat vor, diese Stadt weiterzubringen und zwar nicht wie Sie, mit angezogener Handbremse an allen Rädern.

Betreffend Steuern möchte ich hinzufügen, dass auch da immer wieder davon die Rede ist, wir hätten die Steuern nie gesenkt. Sie müssen sich vielleicht einmal erkundigen, was in den letzten Jahren passiert ist. Die Stadt hat die Steuern in den Jahren 2001 bis 2008 um 20% bis 30% gesenkt, und diese Aussage richte ich gerne auch zuhänden der heute Abend anwesenden Medien. “

Hermann Schlatter (SVP)**Votum**

”Ich möchte zur Aussage des Finanzreferenten bezüglich der minderen Steuereinnahmen etwas sagen. Bitte schlagen Sie die Seite 9 der Botschaft des Stadtrates auf: Dort wird die Entwicklung der Steuereinnahmen aufgeführt. Aber tatsächlich ist es so, dass die Steuereinnahmen nicht unbedingt durch tiefere Steuersätze zurückgegangen sind, sondern wegen der Steuergesetzrevisionen, die wir im Kanton durchführen mussten, um überhaupt “bei den Leuten” zu bleiben. Die Steuereinnahmen der juristischen Personen in der Rechnung 2007 waren mit Fr. 32 Mio. ein Glücksfall; diese Einnahmen wurden mit der Steuergesetzrevision 2008 praktisch halbiert. Darum auch der tiefere Betrag in 2008, der nicht dadurch zustande kam, dass die Firmen weniger Gewinne erwirtschafteten, sondern weil in diesem Kanton bewusst die Meinung vertreten wurde, eine Annäherung des Kantons Schaffhausen an die Schweizerische Spitze im steuerpolitischen Umfeld sei unumgänglich (Platz vier schweizweit). Wenn ich die Aussagen von SR Peter Neukomm richtig interpretiere, hat er von Steuereinbrüchen gesprochen. Die Steuereinnahmen 2008 sind auf Seite 8 der Botschaft mit Fr. 104,8 Mio. ausgewiesen, Budget 2009: Fr. 105,45 Mio., Prognose: Fr. 105,5 Mio., Budget 2010: Fr. 103,3 Mio. Der 2010 budgetierte Betrag ist wegen des Ausgleichs der kalten Progression um Fr. 2 Mio. tiefer; wir werden im nächsten Jahr im Kanton - unabhängig von den Steuersätzen - rund 5% mit der kalten Progression weitergeben. Wenn wir diese nun aber wieder dazu rechnen, sind die Steuereinnahmen trotz der Krise immer noch gleich hoch. “

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, **EINTRETEN** ist beschlossen.

DETAILBERATUNG III. LAUFENDE RECHNUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest Kapitel III. Laufende Rechnung, ab Seite 11 wie folgt:

Seite 16, Stadtpräsident Thomas Feurer, 0130.310.201 Druck Geschäftsbericht

"Ich möchte in der Folge die Hintergründe etwas ausleuchten, warum der Stadtrat diese Position in ihrer ursprünglichen Höhe behalten will. Rund zwei Dritteln der GPK-Anträge sind wir gefolgt und haben die Änderungen mit unseren verantwortlichen Bereichsleitern besprochen. In einigen anderen machen wir Kompromissvorschläge und ergreifen die Gelegenheit gerne, unsere Überlegungen und die Gründe, die vor allem mit unserer Strategie zusammenhängen, darzulegen. Es ist anschliessend an Ihnen, die Argumente zu werten und den aus Ihrer Sicht richtigen Entscheid zu treffen.

Der Geschäftsbericht ist der einzige schriftliche externe Tätigkeitsbericht des SR, der Verwaltung und auch des Grossen Stadtrates, er erscheint einmal pro Jahr. Er dient als Visitenkarte für Neuzuzüger, Investoren, ansiedlungswillige und ansässige Firmen, für andere Städte (mit zum Teil viel grösseren und erfolgreichen Kampagnen) und weitere Interessenten. Die Aufmachung kommt sehr gut an und spricht auch eine emotionale Sprache. Im Standortwettbewerb sind wir auf moderne, stilsichere Kommunikationsmittel angewiesen und ergänzen mit dem Handout die gut gemachte aktuelle Internetplattform. Im Preis von Fr. 60'000.-- sind selbstverständlich auch die Fotos und Gestaltungskosten enthalten. Wir werden versuchen, bei den Druck- und Gestaltungskosten noch zu sparen, indem wir weitere Offerten einholen. Die Zeit dafür reichte nicht bis heute Abend. Den Druckauftrag möchten wir allerdings in der Region behalten, auch wenn wir wissen, dass Internetdruckereien oder ausländische Anbieter günstiger sind. Wir bitten deshalb das Parlament um Belassen des Betrages von Fr. 60'000.-- und werden diesen - wenn immer möglich - nicht ausschöpfen. Der Stadtrat bittet ebenfalls um Vertrauen dieses Versprechens, das ich zuhanden des Protokolls gerne abgebe. "

Till Hardmeier (JFSH):

Stellt den Antrag, diese Position auf Fr. 20'000.-- zu kürzen, mit der Begründung, ein einfaches, online verfügbares Format zu wählen, ohne Farbe und viele Fotos, aber mit Informationen. Der Geschäftsbericht ist ein teures Marketingtool, das nicht auf Vorrat gedruckt werden soll. Ein einfaches Worddokument, das bei Bedarf ausgedruckt werden kann, genügt.

Walter Hotz (FDP):

Informiert, dass in der GPK mit 4:3 Stimmen einer Kürzung von Fr. 10'000.-- zugestimmt wurde; eine Einsparung von 15% sei durchaus möglich. Der GPK-Präsident bittet dem GPK-Antrag einer Kürzung von Fr. 10'000.-- zu folgen.

Christoph Lenz (AL):

Plädiert dafür, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und den Druck in der Region zu behalten, da lokale Unternehmen von Aufträgen der öffentlichen Hand leben und damit Arbeitsplätze erhalten.

Hermann Schlatter (SVP):

Bittet ebenfalls darum, den GPK-Antrag zu unterstützen und betont, dass die SVP für das Schaffhauser Gewerbe ist, aber die Meinung vertritt, dass ein Druckereiwechsel eine Einsparung von sogar 43% bringen kann - so geschehen mit dem Druck der Schaffhauser Steuerformulare.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Wiederholt, dass der eingesetzte Betrag allenfalls gar nicht in seiner vollen Höhe ausgenützt wird und dass für das Einholen anderer Offerten einfach keine Zeit vorhanden war. Der Stadtpräsident bittet um Vertrauen, dass der Auftrag an den billigsten Offertsteller vergeben wird.

Abstimmung:

1. Antrag GPK: 13 Stimmen
 2. Antrag SR: 17 Stimmen
 3. Antrag Till Hardmeier (JFSH): 4 Stimmen
- Kein Antrag hat das absolute Mehr von 18 Stimmen erhalten.

Ausmehrung:

1. Antrag GPK: 17 Stimmen
2. Antrag SR: 18 Stimmen

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates (Fr. 60'000.--) mit 18 : 17 Stimmen gut.

Seite 16: 0130.317.003, Stadtpräsident Thomas Feurer, Tagungen, Repräsentationen, Geschenke:

"Der SR möchte auch in diesem Bereich seinen Spielraum behalten, ohne ihn unnötig auszunutzen. Die Stadt befindet sich in einem sehr dynamischen Standortwettbewerb und Investoren und ansiedlungswillige Firmen werden heute - und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erst recht - von allen Seiten umworben. Die Stadt Schaffhausen könnte in diesem verführerischen Teil des Stadtmarketings eher noch gewinnen und sollte seine Ausstrahlung als traditionsreiche und trotzdem moderne Stadt selbstbewusst ausspielen. Ich garantiere dem GrSR, dass wir mit mehr Spielraum keine Sausen zum eigenen Vergnügen machen, sondern im Bedarfsfall lediglich eine sympathische und gute Gastgeberin sein möchten. Dafür sind Fr. 2'000.-- pro Monat keine luxuriöse Ausstattung, und sie müssen erst noch für Gastgeschenke und Klausuren reichen. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

Bittet darum, der GPK-Kürzung von Fr. 4'800.-- zuzustimmen, da auch der GrSR eine Kürzung von Fr. 2'700.-- vorgenommen hat. Die GPK hat ursprünglich eine Kürzung um Fr. 7'800.-- beantragt und diesen Antrag aufgrund der Begründung, nächstes Jahr finde ein Städtetreffen mit Winterthur statt, in eine Kürzung von nur Fr. 4'800.-- umgewandelt.

Martin Roost (OeBS, parteilos):

Stellt fest, dass solche Diskussionen eigentlich überflüssig sind, da es sich hier um einen Betrag von Fr. 5'000.-- handelt und damit keine wirkliche Einsparung erfolgt.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Versichert dem Rat erneut, dass das Geld nicht einfach unnötig ausgegeben wird, und bittet darum, den Stadtrat nicht bei jeder Gelegenheit in die Zange zu nehmen, sondern ihm das nötige Vertrauen für umsichtiges Einsetzen des zur Diskussion stehenden Betrages zu schenken.

Abstimmung:

1. Antrag GPK: 15 Stimmen
2. Antrag SR: 15 Stimmen

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit Stichentscheid der Ratspräsidentin mit 16 : 15 Stimmen gut.

An dieser Stelle gibt die Ratspräsidentin bekannt, dass der Kindergarten Geissberg brennt. Die Feuerwehr ist vor Ort, Personen sind keine zu Schaden gekommen.

Seite 22, SR Peter Neukomm, 0205.301.000 und 303.000 Besoldungen:

"Der SR beantragt, diese Budgetpositionen zu belassen und nicht zu kürzen. Die Besoldungsposition des Personaldienstes (PD) ist im Budget 2010 nicht gestiegen, sondern gesunken, nämlich von Fr. 853'000.-- auf Fr. 795'000.-- (Stadt: 8,7 Stellen; Vergleich zu Kanton: Fr. 831'500.-- Lohnsumme bei 600 Stellenprozenten, die Stadt mit viel anspruchsvollere Zusammensetzung der Leistungserbringung, viel mehr Fluktuationen und grösseres Pflichtenheft, vor allem wegen der Heime).

Auf 2010 wurde das Pensum der Stellvertreterin der Personalchefin von 100% auf 80% reduziert. Obwohl mit EKAS dem PD per 2010 noch neue Aufgaben überbunden werden, besteht die Absicht, den Personalaufwand im Rahmen einer anstehenden Pensionierung nächstes Jahr noch einmal zu reduzieren. Wie hoch diese Reduktion sein wird, können wir erst sagen, wenn wir wissen, welche Entlastungen die neuen Systeme bringen, die jetzt eingeführt werden. Das habe ich auch der GPK kommuniziert, leider vergeblich. Der PD betreut zurzeit ganz zentrale Projekte wie die neue Lohn- und Personaladministrationssoftware xpert-line, das flächendeckende Zeiterfassungssystem Lothal, die Einführung der Jahresarbeitszeit oder das Prämienwesen, alles per 01.01.2010. Dieser "Riesenlupf" ist nur möglich, weil das junge, motivierte Team um unsere Personalchefin Nicole Wehrli hervorragende Arbeit leistet und sich extrem engagiert. Seit Oktober arbeitet es jeden Samstag, um die wichtigen Ziele zeitgerecht, das heisst bis zum Jahreswechsel erreichen zu können. Jetzt soll dieses Team mit einer Lohnkürzung sinnlos abgestraft werden. Das müssen die Betroffenen als Misstrauensvotum verstehen, was ziemlich demotivierend wirkt. Zudem ist das Vorgehen auch rechtlich äusserst heikel: Nach Meinung des SR sind seit dem neuen Personalgesetz Eingriffe des GrSR in Lohnbudgets der einzelnen Abteilungen nicht mehr zulässig. Die Verteilung der Lohnsumme liegt allein in der Kompetenz der Exekutive. Diese Ansicht teilen übrigens auch der Regierungsrat und dessen Staatskanzlei. Ich will hier aber keine Diskussion über Rechtsfragen vom Zaun reissen. Es geht um die Sache, und die ist mir zu wichtig. Ich habe die GPK vor kurzem in den Personaldienst eingeladen, um aufzuzeigen, welche wichtigen Aufgaben dort erledigt werden. Entweder haben das nicht alle GPK-Mitglieder verstanden oder man wollte das nicht verstehen. Denn die Begründung der SVP-Fraktion ist wieder gespickt mit ziemlich sachfremden Vorurteilen und falschen Behauptungen über die Arbeit des PD. Das finde ich schade.

Ich bitte Sie also im Namen des SR dringend, dieser Budgetkürzung nicht zuzustimmen. Lassen Sie uns die Chance, zu beweisen, dass wir die Personalkosten im Griff haben. Wir haben Ihnen eine zusätzliche Reduktion zu den bereits erreichten 20% in Aussicht gestellt, zum heutigen Zeitpunkt ist dies einfach noch nicht möglich. Ich bitte Sie darum, die Budgetpositionen zu belassen. "

Hermann Schlatter (SVP):

Informiert, dass in der GPK ein Antrag auf Fr. 100'000.-- gestellt wurde. Dies sei keinesfalls ein Misstrauensvotum gegenüber dem Personaldienst und entspreche auch nicht einer Lohnkürzung. SR Peter Neukomm hat Einsparungen in der Höhe von Fr. 50'000.-- gegenüber der GPK in Aussicht gestellt, weshalb die GPK als Kompromiss eine Kürzung von Fr. 25'000.-- vorgeschlagen hat. Die Zielvorgaben für den Personaldienst sind zu hoch gesteckt, Verunfallte werden beispielsweise während ihrer zwei- bis dreiwöchigen Arbeitsunfähigkeit vom PD betreut, was unnötig sei.

Christoph Lenz (AL):

Sagt aus, dass er von angeblichen Einsparungen von Fr. 50'000.-- in der GPK-Elefantenrunde nichts mitbekommen habe und schildert den Besuch der GPK im Personaldienst mit der Vorstellung der einzelnen Tätigkeitsfelder jedes einzelnen Mitarbeitenden. Dieser Besuch könnte eine neue Vertrauensbasis zwischen GPK und Verwaltung schaffen und in gezielten Verwaltungsbereichen vertieften Einblick bringen. Es sei katastrophal, dass dieses Vertrauen insofern missbraucht werde, dass dort Gehörtes gegen diesen Personaldienst verwendet wird.

SR Peter Neukomm:

Bestätigt die Aussage von Christoph Lenz, von den erwähnten Fr. 50'000.-- nichts gehört zu haben und bittet darum, dem gestellten Kürzungsantrag, der offensichtlich auf einem Missverständnis betreffend Gesundheitsmanagement beruht, nicht zu folgen. Das Gesundheitsmanagement bringt eine Reduktion der hohen, krankheitsbedingten Absenzen und ist nicht primär eine Aufgabe des Personaldienstes, der alle Abwesenden - wie soeben geschildert - betreuen muss, sondern die Vorgesetzten müssen ihre Verantwortung in diesem Bereich wahrnehmen - nur dafür hat der PD zu sorgen und allenfalls auch für Unterstützung in Fällen mit weiteren Konsequenzen.

Alfred Tappolet (SVP):

Kritisiert, dass jedes Votum von seiner Ratsseite als Misstrauensvotum ausgelegt werde und hält fest, dass sein Vertrauen in die GPK mindestens so gross wie das in den SR sei. Als Grossstadtrat dürfe das Vertrauen auch "abgewägt" werden, ohne dass dies Misstrauensvorwürfe nach sich zieht.

Iren Eichenberger (OeBS):

Vertraut dem Stadtrat und erinnert an die Debatte im Rat betreffend Postulat Walter Hotz "Optimierung der Aufgaben- und Führungsstruktur". Der Personaldienst hat einige Projekte in Angriff genommen, um viele der verlangten Optimierungen zu erreichen. SR Peter Neukomm hatte damals ausführlich informiert. Das damals vom Rat gegenüber dem SR ausgesprochene Vertrauen müsse auch heute erneut deponiert werden, um die kluge Strategie des SR zu unterstützen.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Bittet den Rat, zu honorieren, dass der SR zwei Drittel der GPK-Anträge akzeptiert, er werde nicht - wie soeben behauptet - jede Position in Frage stellen. Bei einem Drittel der gestellten Anträge wird der Stadtrat für das Belassen des ursprünglichen Betrages argumentieren, rund 38 Anträge wird er annehmen.

Abstimmung:

1. Antrag GPK: 17 Stimmen
2. Antrag SR: 17 Stimmen

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit Stichentscheid der Ratspräsidentin mit 18 : 17 Stimmen gut.

Seite 22: 0205.310.200 Drucksachen und Publikationen:

Antrag von Till Hardmeier (JFSH): Kürzung um Fr. 5'000.-- (Budget Fr. 15'000.--).

SR Peter Neukomm:

Stellt fest, dass die Jungfreisinnigen sich einen Sport daraus machen, die Kosten für Drucksachen und Publikationen zu halbieren oder um zwei Drittel zu kürzen. Das Personalleitbild ist für Mitarbeitende wichtig und dient auch als internes Führungsinstrument. Der Finanzreferent stellt Gegenantrag auf Belassen des budgetierten Betrages.

Till Hardmeier (JFSH):

Vertritt die Meinung, das Personalleitbild könne sehr wohl auch als pdf-File online zur Verfügung gestellt werden.

SR Peter Neukomm:

Informiert, dass über 50% der städtischen Angestellten keinen Computerarbeitsplatz haben (zum Beispiel Buschauffeure, Angestellte Tiefbauamt, Heimangestellte).

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit 17 : 8 Stimmen gut.

Seite 32:

Fabian Käslin (JFSH) gibt an dieser Stelle bekannt, dass er zur Lohnsummenentwicklung in der Detailberatung einen Antrag stellen wird.

Seite 32: SR Peter Neukomm, 0280.309.200 Personalzeitung:

Informiert, dass die GPK diese Position bereits derart gekürzt hat, dass nur noch eine Ausgabe - anstatt wie bisher drei - pro Jahr produziert werden kann. Der SR wird seine Kommunikation - auch gegenüber dem Personal - im Jahr 2010 überarbeiten; mangels personeller Ressourcen konnte dies in 2009 nicht bewerkstelligt werden. Eine Arbeitsgruppe wird dafür eingesetzt, Resultate sind frühestens Ende 2010 zu erwarten. Rund 50% der städtischen Angestellten sind elektronisch nicht erreichbar, es müssen verschiedene Varianten geprüft werden. Das Konzept der Personalzeitung wird ebenfalls hinterfragt. Der Stadtrat stellt für die Übergangszeit von einem Jahr den Antrag, den im Budget 2010 aufgeführten Betrag (gleiche Höhe wie im Budget 2009) zu belassen.

Till Hardmeier (JFSH):

Schlägt vor, die Personalzeitung in Zukunft an einem White board aufzuhängen oder an die privaten Email-Adressen zu verschicken und kritisiert, dass die Aufmachung nicht mehr zeitgemäss sei. Der in der aktuellen Ausgabe vom Stadtschreiber verfasste Artikel habe mit Personalinformation wenig zu tun und gehöre nicht in die Zeitung.

Walter Hotz (FDP):

Bittet darum, den GPK-Antrag zu unterstützen und zieht den Vergleich zum Staatsvoranschlag des Kantons Schaffhausen und stellt fest, dass der Kanton einen

Betrag von Fr. 12'000.-- (Seite 112), einsetzt, während die Stadt Fr. 36'000.-- budgetiert. Es müssten bei verschiedenen Firmen entsprechende Offerten eingeholt und Preisvergleiche angestellt werden.

Thomas Hauser (FDP):

Unterstützt den GPK-Antrag ebenfalls; der Kanton produziert seine Personalzeitung wesentlich billiger, ganz unter dem Motto: Vom Personal, für das Personal. Die redaktionelle Mitarbeit einer professionellen Journalistin in einer internen Personalzeitung verteuere diese nur unnötig und sei zudem unschön.

Urs Tanner (SP):

Plädiert dafür, den für die Personalzeitung eingesetzten Betrag im Übergangsjahr bis zur in Aussicht gestellten Neuauflage ab 2011 zu belassen.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag der GPK mit 17 : 12 Stimmen gut.

Seite 34, SR Peter Neukomm, 0280.318.301 EKAS:

"Heute Abend liegt zu diesem Thema eine doppelseitige Information zu EKAS auf Ihren Pulten auf. Ich hoffe, dass dieser Streichungsantrag in erster Linie auf einem Missverständnis beruht und deshalb zurückgezogen wird: Die Position ist nämlich nicht neu. Sie wurde 2009 im Bereich Soziales und Sicherheit budgetiert und im Budget 2010 zum Personaldienst verschoben. Ich verweise Sie auf das Budget 2009, Pos. 1400.318.301, Fr. 29'000.--, und den dazugehörenden Kommentar, wo begründet wurde, weshalb dieser externe Fachmann gebraucht wird. Der SR beantragt jedenfalls, diese Position nicht zu streichen. Die Stadt hatte 2004 Stichprobenkontrollen der EKAS in den Bereichen Hoch und Tiefbau. Dabei wurden gewisse Mängel angesprochen und zur Verbesserung in Auftrag gegeben. Im Februar 2009 wurde eine Systemkontrolle durchgeführt. Durch Gilbert Fauchs, dem Sicherheitsbeauftragten der Stadt, konnte eine schriftliche Dokumentation in Form eines Handbuches ausgewiesen werden. Allerdings wurde durch das Prüfungsorgan festgestellt, dass die Umsetzung, respektive die Koordinationsarbeit noch in Angriff genommen werden muss.

Diverse Verbesserungsmaßnahmen wurden angemahnt:

- Planung einer Instruktion/Ausbildung der Mitarbeitenden bezüglich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Dokumentation betriebsinterner Regelungen betreffend persönliche Schutzausrüstung
- Dokumentation der Instandhaltung der Arbeitsmittel
- Nachweis der Einhaltung von Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen bei Neubeschaffungen
- Durchführung von Gefahrenermittlungen
- Erstellung eines Massnahmeplans

Die Stadt hat somit eindeutigen Handlungsbedarf im Bezug auf Arbeitssicherheit. Ursprünglich teilten sich Thomas Jaquet und Herbert Distel die Aufgabe des Sicherheitsbeauftragten der Stadt (SIBE). Nachdem Herbert Distel zum Bereichsleiter gewählt wurde und Thomas Jaquet nicht mehr für den Personalbereich zuständig war, wurde diese Funktion mit SRB vom 15.04.2008 an einen externen Fachmann mit einem 15%-Pensum ausgelagert. Mitte 2008 wurde Gilbert Fauchs mit

dieser Aufgabe betraut. Seither ist der Betrag für EKAS im Budget enthalten. Auf 2010 wurde er vom Bereich Sicherheit in den Personaldienst verschoben. Dem Bereichsleiter Sicherheit und seiner Abteilung ist es mangels Ressourcen nicht möglich, die EKAS-Aufgabe zu übernehmen. Die Bestimmungen der Richtlinie und der Gesetzgebung könnten deshalb nicht umgesetzt werden. Zudem wäre die Übernahme der Funktion durch einen BL auch nicht gerade stufengerecht. Hinzu kommt, dass die Belastung der Kostenstelle 1400 der Feuerwehr problematisch ist, weil sie mit Geldern aus dem Feuerwehrpflichtersatz quersubventioniert wird.

Die Bereiche Finanzen und Personal sowie Soziales und Sicherheit sind aufgrund dieser Umstände übereingekommen, EKAS 2010 dem Personaldienst zu übertragen. Ein entsprechender SRB wird nächstens ergehen. Die Feuerwehr wird aber künftig das Modul "Es brennt, was tun" intern anbieten. Eine Übernahme dieser Aufgabe durch den Personaldienst geht aber erst, wenn die dort laufenden Grossprojekte erfolgreich abgeschlossen sind. Dies sollte - trotz budgetierter Pensenreduktion - in der ersten Hälfte 2010 möglich sein. Sobald die Mitarbeitenden des PD die Ausbildung absolviert haben, die Arbeitssicherheit wieder institutionalisiert ist und der Transfer des Know-hows vom Sicherheitsfachmann zum PD stattgefunden hat, wird es möglich sein, sein Pensum zu reduzieren oder sogar darauf zu verzichten. Ziel ist und bleibt, dass wir das künftig intern bewältigen können. Für die Übergangsphase ist es aber von grösster Wichtigkeit, ihn weiter inhouse zu haben. Er hat bereits wertvolle Aufbauarbeiten in den verschiedenen Bereichen vorangetrieben und stösst bei den betroffenen Vorgesetzten auf gute Akzeptanz.

Um den Pflichten als Arbeitgeberin nachzukommen, benötigt die Stadt also zwingend einen Sicherheitsfachmann. Die von der GPK-Mehrheit gestrichenen Fr. 26'000.-- auf dem EKAS-Konto erscheinen nach den im abgegebenen Grundlagenpapier aufgeführten Berechnungen sehr bescheiden. Bleibt das EKAS-Budget gestrichen, fehlen die Ressourcen, sich dieser Aufgabe anzunehmen oder Massnahmen, wie sie gesetzlich verlangt werden, umzusetzen. Es stellen sich dann diverse Fragen wie: Wer nimmt gegenüber der SUVA und dem kantonalen Arbeitsinspektorat Stellung zu Fragen, die auftauchen oder zu Überprüfungen, die durchgeführt werden? Auch Fragen nach der Haftung oder Verantwortung, falls in irgendeiner Form Mängel auftauchen oder gar Schäden entstehen oder wenn bekannt wird, dass die Stadt ihre Pflichten im Bezug auf Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz nicht wahrgenommen hat, könnten aufs Tapet kommen. Ich ersuche Sie darum auch als Personalverantwortlicher im Namen des SR eindringlich, den Betrag 2010 im Budget zu belassen. "

Hermann Schlatter (SVP):

War verantwortlich für die Einführung von EKAS in der Gemeinde Hemmental und mitverantwortlich bei der Umsetzung von EKAS in der kantonalen Steuerverwaltung. Es soll grundsätzlich keine Vergabe an eine externe Stelle stattfinden, andere Spezialisten in der Stadtverwaltung könnten diese Aufgabe problemlos übernehmen (aus Bauinspektorat und Polizei).

Daniel Schlatter (SP):

Bestätigt die Aussage von SR Peter Neukomm, dass EKAS ohne Ausbildung nicht ausgeführt werden kann. EKAS-Verantwortliche werden bei Arbeitsunfällen zur Rechenschaft gezogen, sie stellen auch sicher, dass alle Mitarbeitenden so geschult werden, dass sie ihre Verantwortung ebenfalls wahrnehmen können. Die Funktion wurde deshalb in den letzten Jahren zu einer wichtigen Stelle in jedem Betrieb.

SR Peter Neukomm gibt Hermann Schlatter insofern Recht, dass die externe Vergabe stattfand, weil das Thema intern vernachlässigt wurde. Es handelt sich aber bei dieser Position um eine Übergangsphase. Der externe Einsatz von Gilbert Fausch ist noch solange gerechtfertigt, bis EKAS dem städtischen Personaldienst übergeben werden kann.

Abstimmung:

1. Antrag GPK: 17 Stimmen
2. Antrag SR: 17 Stimmen

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit Stichentscheid der Ratspräsidentin mit 18 : 17 Stimmen gut.

Seite 34, Martin Egger (FDP), 0290.311.011 Einführung Office 2007:

Es geht um die Einführung und Schulung der ersten Tranche der flächendeckenden Einführung von Office 2007 auf den Computern der Stadtverwaltung, die zweite Tranche folgt 2011. Begründung der KSD für die durchaus nachvollziehbare flächendeckende Einführung: Projektmanagementplattform auf der Basis von Share point, über die IT-Projekte und in einer zweiten Projektphase sämtliche Projekte der Stadtverwaltung abgewickelt werden, natürlich auch diejenigen des Kantons. Office 2007 weist gravierende Änderungen gegenüber der heutigen im Einsatz befindlichen Version auf und eine seriöse Schulung ist unabdingbar. Martin Egger ist zur Überzeugung gelangt, dass sich für die Stadt Schaffhausen die vorgeschlagene flächendeckende Einführung momentan nicht lohnt, da ausser der Einführung der erwähnten Plattform kein zusätzlicher Mehrwert generiert wird und beantragt daher den Verzicht auf die flächendeckende Einführung; es sollen nur Mitarbeitende ausgerüstet und geschult werden, bei welchen dies aufgrund von technischen Erfordernissen zwingend notwendig ist. Dadurch reduzieren sich die Schulungs- und Einführungskosten auf einmalig Fr. 20'000.-- und die Position kann um Fr. 100'000.-- gekürzt werden.

SR Peter Neukomm:

Stellt Gegenantrag und begründet das Budget wie folgt: Es geht nicht nur um den von Martin Egger aufgeführten Grund der Einführung einer Plattform, sondern um eine Synchronisierung mit dem Kanton. Die KSD hat sorgfältig evaluiert und die für Office 2007 notwendigen Lizenzen sind bereits bezahlt. 2012 laufen die Microsoft Lizenzen aus und mit der flächendeckenden Einführung von Office 2007 besteht die Möglichkeit, allenfalls die nächste Officeversion überspringen zu können. Das Potenzial der jungen Mitarbeitenden, die Office 2007 bereits gut kennen, trägt zu einer möglichen Senkung der Schulungskosten bei. Kosten: Fr. 80'000.-- Umstellungskosten, Fr. 10'000.-- Anteil Projektmanagement, Fr. 30'000.-- Integration Fachanwendungen.

Hermann Schlatter (SVP):

Bittet ebenfalls darum, den Antrag des Stadtrates zu belassen und unterstützt SR Peter Neukomm, vor allem betreffend gemeinsame Steuersoftware mit dem Kanton (NEST), wo gewisse Office-Dokumente eingebunden sind; aufgrund dieses Datenverbundes muss die gleiche Software im Einsatz sein.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 19 : 7 Stimmen den Antrag des Stadtrates gut.

An dieser Stelle informiert **SR Urs Hunziker** über den Brand des Kindergartens Geissberg und bestätigt, dass keine Personen zu Schaden gekommen sind. Das Gebäude, in dem der Brand ausbrach, ist komplett abgebrannt, das zweite Gebäude ist unbeschadet geblieben. Der Kindergartenbetrieb wird normal weitergeführt.

Seite 36, Peter Möller (SP), 0300.307.001, Leistungen für Pensionierte:

"Seit einigen Jahren wurde den Pensionierten der Stadt Schaffhausen die Teuerung von der Pensionskasse nicht mehr ausgeglichen. Dies wurde in den letzten beiden Jahren durch die Stadt nachgeholt. Sowohl in 2008 wie auch 2009 entrichtete die Stadt ihren ehemaligen Mitarbeitenden eine einmalige Teuerungszulage. Zugegeben, die Mittel sind knapper geworden, auch für die Stadt, siehe vorliegendes Budget. Gleichwohl sollen aus Sicht der SP/AL-Fraktion die in der Kantonalen Pensionskasse versicherten Rentnerinnen und Rentner im nächsten Jahr nicht leer ausgehen. Ihnen sollen einmalig gleich viele Prozente wie dem städtischen Personal gewährt werden. Auch sie haben höhere Krankenkassenprämien zu tragen und leiden seit Jahren unter der nicht ausgeglichenen Teuerung. Was bis zu einem gewissen Teil im Sinne der Opfersymmetrie die zu leistenden Sonderbeiträge der Aktivversicherten zur Sanierung der Pensionskassen ausgleicht. Viele Rentnerinnen und Rentner gehören nicht zur Schicht der vermögenden Seniorinnen und Senioren.

Ich stelle folgenden Antrag: Position 0300.307.001 um Fr. 58'650.-- erhöhen, was einem Teuerungsausgleich von 0,7% - analog der Lohnsummenentwicklung des aktiven Personals - entspricht. Diese Leistung ist unabhängig vom Personalgesetz und betrifft keine bei der öffentlichen Hand angestellten Personen. Damit muss auch nicht auf einen Einklang mit dem Kanton geachtet werden. In diesem Zusammenhang sind die bei der Kantonalen Pensionskasse angeschlossenen Arbeitgeber völlig autonom (Beispiel: Kantonbank, welche seit Jahren die Teuerung ausgleicht). "

Walter Hotz (FDP):

Plädiert für eine Nullrunde, analog dem Kanton, wo die Kantonsangestellten Solidaritätsbeiträge bezahlen.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit 19 : 13 Stimmen gut.

Seite 62, Christoph Lenz (AL), 2195.317.010, Kulturelle Veranstaltungen für Schüler:

Der Stadtrat hat ursprünglich Fr. 57'500.-- eingesetzt, die GPK hat diesen Betrag auf Fr. 48'500.-- gekürzt. Es handelt sich um den Kulturfünfliber für Schülerinnen und Schüler für den Besuch von kulturellen Veranstaltungen. Der SR hat diesen Batzen auf eine Kulturzehnernote ausgebaut. Christoph Lenz findet es sehr wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Unterrichts die Möglichkeit des Kontaktes mit kulturellen Veranstaltungen (Konzerte und Theateraufführungen) erleben können und bittet darum, die Kulturzehnernote zu belassen, zumal eine Kürzung auf Fr. 7,50 nicht gerade elegant wirke. Darüber hinaus ist der Besuch der Schule unentgeltlich; es ist somit eigentlich nicht zulässig, den Schülern für solche Veranstaltungen Geld zu verlangen.

SR Urs Hunziker:

Vor rund 30 Jahren gab es den Kulturfünfliber schon, seither wurde der Betrag nie

erhöht und dürfte heute wohl noch die halbe Kaufkraft haben. Bereits anlässlich der Budgetdebatte von 2009 wurde darüber diskutiert und damals andere kulturelle Beiträge für die Schülerinnen und Schüler in Aussicht gestellt. Die Aussage von Christoph Lenz ist korrekt, der Schulreferent bittet in diesem Sinne darum, den für 2010 budgetierten Betrag zu belassen.

Fabian Käslin (JFSH):

Bittet darum, beim GPK-Antrag zu bleiben, der einen moderaten Anstieg auf Fr. 7.50 vorschlägt.

Thomas Hauser (FDP):

Gibt zu bedenken, dass auch mit einem Kulturzehnernötli keine grossen Sprünge gemacht werden können, weil beispielsweise Kinoeintritte, das Fass Theater oder auch das Theater Sgaramusch viel teurer sind; die Schülerinnen und Schüler müssen immer selbst etwas zahlen oder die Kosten werden aus der Altpapiersammlung gedeckt.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag von Christoph Lenz (AL) mit 18 : 13 Stimmen gut.

Seite 68, Till Hardmeier (JFSH), 3010.310.205 Marketing und Werbung:

Das Museum erzielt Fr. 80'000.-- aus Einzeleintritten und Fr. 30'000.-- aus Gruppeneintritten, total Fr. 110'000.--. Gemäss Milchbuechli-Rechnung wird für Fr. 1,10 Eintrittsgeld Fr. 0,75 für Werbung und Marketing ausgegeben, was zu viel ist. Bitte GPK-Antrag von Fr. 50'000.-- (Kürzung Fr. 25'000.--) belassen.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Bittet darum, diese Position nicht zu kürzen. Das Museum ist die grösste Kulturinstitution. Der Stadtpräsident empfiehlt Till Hardmeier, sich im Museum detailliert zu informieren anstatt solche Hüftschüsse zu platzieren.

Kurt Zubler (SP):

Betont, dass Werbung und Marketing in erster Linie die Angebote des Museum bei der gesamten Bevölkerung bekannt machen. Eine Milchbuechli-Rechnung könne hier nicht angewendet werden, da keine Produkte verkauft würden. Beim Museum handelt es sich um eine Kulturinstitution, für einen Grossteil der Bevölkerung und für Jugendliche und Kinder ist der Eintritt sehr bewusst kostenlos. Bitte um Verzicht auf den Antrag.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 20 : 6 Stimmen den Antrag des Stadtrates gut.

Seite 72, Till Hardmeier (JFSH), 3019.439.000 Verschiedene Einnahmen:

Antrag: Erheben eines kostendeckenden Eintritts, das heisst die Einnahmen sollen auf Fr. 60'000.-- festgelegt werden.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Taxiert den Antrag einmal mehr als Hüftschuss; eine sofortige Stellungnahme zu einem solchen Antrag sei absolut unmöglich.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den von Till Hardmeier (JFSH) gestellten Antrag mit 24 : 2 Stimmen ab.

Seite 72, Till Hardmeier (JFSH), 3020.301.000 Stadttheater, Besoldungen:

Stellt die Frage, ob der Vorverkauf nicht mit weniger Personal allenfalls online oder bei Schaffhausen Tourismus erledigt werden könnte.

Weitere Anträge:

Antrag zu 3020.318.007 Porti, Zustellkosten: Kürzung auf Fr. 29'000.--, online Lösung anstreben, Publikationen in Zukunft kostendeckend verschicken.

Seite 74, Antrag zu 3020.318.405 Entschädigung an Gastspielbühnen, Orchester: Kürzung auf Fr. 985'000.--; das Defizit des Stadttheaters ist viel zu hoch, staatlich angebotene Kultur ist im Vergleich zu privaten Angeboten zu teuer.

Christoph Lenz (AL):

Ist der Meinung, dass solche Anträge in der GPK vorab geklärt werden müssten; ohne einen sachlich fundierten Hintergrund ist es dem Parlament nicht möglich, während einer Ratssitzung Entscheide zu fällen.

Thomas Hauser (FDP):

Bittet den Antragsteller, den Antrag zur Position 318.405 zurückzuziehen. Sämtliche Gastspiele müssen eingekauft werden, billiger geht es einfach nicht. Schaffhausen hat keine eigene Truppe wie beispielsweise das Schauspielhaus Zürich, somit entstehen hohe Kosten durch die eingekauften Gastspiele, die mit Schauspielern und Material in grossen Sattelschleppern anreisen und professionelles Theater bieten. Peter Surbeck und sein Team engagieren sich mit viel Herzblut und unter tatkräftiger Mithilfe von Mitarbeitern aus dem Bauamt, damit die Kosten nicht noch höher ausfallen.

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

Hat Verständnis für Sparvorschläge, aber Schaffhausen sollte kulturell nicht in die Belanglosigkeit abdriften. Eine eigene Theatertruppe in Schaffhausen, die auf hohem Niveau spielt, würde der Stadt weitaus mehr Kosten verursachen wie die eingekauften Gastspiele. Die Standortqualität der Stadt Schaffhausen hängt auch vom Angebot des Stadttheaters ab, Rolf C. Müller hat sich während seiner Amtszeit enorm engagiert und sehr viel erreicht. Das soll sich die Stadt auch weiterhin leisten können.

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

Im Stadttheater Schaffhausen ist es jederzeit möglich, eine Eintrittskarte von Fr. 15.-- für ein Kindertheater zu kaufen. Dies ermöglicht einem grossen Personenkreis, sich einen Theaterbesuch leisten zu können und Aufführungen mit hohem Qualitätsniveau zu sehen. Zur kulturellen Vielfalt von Schaffhausen gehört ein Angebot mit Stil und Gehalt, das für alle erschwinglich ist.

Urs Tanner (SP):

Warnt davor, ein "Kleines Analphabetenparadies" aufbauen zu wollen, im Museum soll Eintritt verlangt und die Aufführungen des Stadttheaters sollen zusammengestrichen werden. Solche Hüftschüsse bringen nichts, sinnvolle Konzepte und Vorstösse wären angebracht.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Bittet darum, dem gestellten Kürzungsantrag von Fr. 100'000.-- nicht zuzustimmen und informiert, dass das Schaffhauser Stadttheater mit 3400 Abonnenten und 40'000 Besuchern eine durchschnittliche 80%ige Auslastung vorweist und wahrscheinlich die beste Gastspielbühne der Schweiz ist. In Zukunft soll das Segment der jüngeren Zuschauer vom neuen Leiter des Stadttheaters mit einem attraktiven Programm begeistert werden. Der Ticketverkauf ist zugegebenermassen nicht auf dem aktuellsten Stand; der neue Stadttheaterleiter wird Aufgaben wie den Internetverkauf und die Verkaufsstelle Schaffhausen Tourismus einbeziehen. Der Stadtpräsident bietet eine Kürzung von Fr. 5'000.-- bei den Porti und Zustellkosten durch verbesserte Tarifierung (3020.318.007).

Till Hardmeier (JFSH):

Zieht im Sinne eines Kompromiss und in Anbetracht des vom Stadtpräsidenten soeben gemachten Angebots den Antrag zur Position 3020.318.007 zurück, hält aber am Antrag zu Position 3020.318.405 weiterhin fest; es handelt sich um eine seiner Meinung nach vertretbare 10%ige Kürzung.

Ernst Spengler (SVP) stellt einen Ordnungsantrag.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den von Stadtpräsident Thomas Feurer gestellten Antrag einer Kürzung von Fr. 5'000.-- (3020.318.007) mit 29 Stimmen gut.

Der Antrag von Till Hardmeier (FJSH) zu 3020.318.405, Kürzung Fr. 100'000.--, wird vom Grossen Stadtrat mit 28 : 3 Stimmen abgelehnt.

Seite 78, 3200.365.901 Regionale Medien:

GPK-Antrag: Kürzung von Fr. 10'000.--

Stadtpräsident Thomas Feurer:

"TeleD hat dem SR nach der Neuregelung der Abgeltung durch Konzessionsgelder ein Gesuch um einen wiederkehrenden Unterstützungsbeitrag gebeten. Als Gegenleistung sollen Berichterstattung und Podien zu Schaffhauser Themen, Abstimmungen und Wahlen im Programm von TeleD weiterhin und noch verstärkt vertreten sein. Der SR kennt die Sorgen und Nöte der Medien wegen konzessionsbedingten und werbetechnischen Ausfällen und wollte TeleD und das shf gleichzeitig mit jährlich Fr. 5'000.-- und einer LV mit definierten Gegenleistungen unterstützen. Der SR versteht diesen Beitrag auch als Beitrag an die regionale Politik, Gesellschafts- sowie der Kultur- und Sportberichterstattung und anerkennt damit die grossen freiwilligen Leistungen der Medienschaffenden zugunsten der regionalen Identität.

Radio RASA spielt in einem ähnlichen Nischensegment wie die lokalen TV-Stationen und spricht vor allem die jüngere Generation und ihre Kulturbedürfnisse an. Auf Anfrage von Radio RASA wird der SR Gespräche mit den Verantwortlichen führen und allenfalls im Budget 2011 erneut einen Antrag einreichen. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag der GPK mit 19 : 14 Stimmen gut.

Seite 78, 3300.314.035 Baumbepflanzung und Pflegekosten:

GPK-Antrag: Kürzung von Fr. 10'000.--

SR Peter Kämpfer:

Stellt den entsprechenden Gegenantrag, das Konto zu belassen. Das Konto wird vor allem für Neupflanzungen verwendet. Die Höhe ist abhängig von Projekten (auch Strassenbau) und den notwendigen Fällungen, respektive Ersatzpflanzungen. Der Einkauf erfolgt nach Qualitäts- und Preisvergleich in Baumschulen der Region. Bei den Pflegekosten werden externe Aufwendungen von Baumpflegespezialisten verbucht. Die in den Rechnungen der Jahre 2003 bis 2008 ausgewiesenen Beträge bewegen sich zwischen Fr. 69'000.-- und 80'000.--, durchschnittlich für die letzten 5 Jahre rund Fr. 84'000.--. Die von der GPK verlangte Kürzung ist zu massiv, es könnte keine Ersatzpflanzung mehr gemacht werden.

Martin Roost (OeBS, parteilos) bittet die GPK um Erklärung dieses Antrages.

Walter Hotz (FDP), GPK-Präsident, begründet den Beschluss der GPK mit der Tatsache, dass im Budget 2009 ein Betrag von Fr. 70'000.-- eingesetzt wurde.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit 17 : 16 Stimmen gut.

Seite 96, Till Hardmeier (JFSH), 4701 Pilzkontrolle:

Stellt Antrag auf Streichung des budgetierten Betrages von Fr. 15'600.-- und vertritt die Meinung, es sei kein Staatsauftrag, Pilze zu kontrollieren, für Waldbeeren gibt es auch keine Beerenkontrolle. Till Hardmeier appelliert an die Eigenverantwortung der Pilzsammler und schlägt vor, Private könnten diese Kontrollen durchführen. Die Kontrolle sei viel zu teuer, nicht einmal 100 Kontrollen sind durchgeführt worden, man könnte Trüffel verschenken für diesen Preis ohne Kontrolle.

Christoph Lenz (AL) zeigt wenig Verständnis für die Begründung und bittet den Antragsteller, seinen Antrag zurückzuziehen.

Dr. Raphaël Rohner (FDP) ist ebenfalls der Meinung, dass eine Gebühr erhoben werden soll, und es nicht Sache des Staates, sondern von Privaten sei, diese Kontrollen durchzuführen.

SR Peter Neukomm stellt Gegenantrag und zitiert aus dem GPK-Protokoll wie folgt:

„Die Stadt bietet die Pilzkontrolle weiterhin an, sie wird durch einen Angestellten der Lebensmittelkontrolle durchgeführt. Diese Lösung ist äusserst pragmatisch und verursacht nur sehr geringe Kosten. Die bei einer allfälligen Vergiftung entstehenden Kosten können bis zu einer halben Million Franken betragen. Die Frage der Abgeltung wird seit langem gestellt und die Einführung einer Gebühr wurde immer wieder verworfen, weil viele der Klienten dann die Pilzkontrolle nicht mehr in Anspruch nehmen würden. Stein am Rhein und Umgebung führen Pilzkontrollen gratis durch, Feuerthalen ebenfalls, erheben allerdings für Auswärtige eine Gebühr von Fr. 5.-- bis 6.-- pro Pilzkontrollschein. Neuhausen am Rheinfall, Thayngen und Diessenhofen bieten die Pilzkontrolle gratis an.“

Entschädigung der städtischen Pilzkontrolleure:

(SRB vom 09.01.1990; bis Ende 2009 1 Chefkontrolleur und 3 Kontrolleure)

- Fixum Chefkontrolleur: Fr. 1'000.--
- Fixum Kontrolleure: Fr. 750.--
- Stundenansatz: Fr. 30.--

Budgetposition 4701.301.000 Besoldungen:

Der Besoldungsbetrag richtet sich primär danach, ob es ein gutes Pilzjahr war oder nicht. Differenz Budget - Lohnauszahlung ist also "naturgegeben". Studien sollen darauf hindeuten, dass in den nächsten Jahren Steinpilze in grosser Anzahl wachsen könnten. Das Jahr 2009 war ein sehr schlechtes Pilzjahr, das schlechteste seit mindestens 20 Jahren. Durchgeführte Anzahl Kontrollen: 129. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit 22:7 Stimmen gut.

Seite 106, Iren Eichenberger (OeBS), 5480.301.000 Quartier- und Jugendarbeit, Besoldungen:

Erkundigt sich nach den Gründen, warum die Position Besoldungen gekürzt wurde.

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

Berichtet aus der GPK-Elefantenrunde, dass es sich nicht um eine Kürzung handelt, sondern um eine Praktikantinnenstelle, die auf Antrag von SR Jeanette Storrer für das Jahr 2010 gestrichen werden konnte, weil die Praktikantin (Lehrabgängerin) eine Festanstellung gefunden hatte; 2011 wird eine neue Praktikantin eingestellt.

Stadtpräsident Thomas Feurer bestätigt, dass der SR mit dieser Kürzung einverstanden ist.

Seite 136, 5895.310.500 Wohngemeinschaft Geissberg:

GPK-Antrag: Kürzung von Fr. 700.--

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Bittet das Parlament, dem GPK-Antrag nicht zuzustimmen. Die Wohngemeinschaft Geissberg beherbergt Dutzende von problematischen Fällen; die Zeitungen sind sowohl für die Bewohner der Wohngemeinschaft wie auch für die Betreuer, die 24 Stunden im Einsatz sind. Die Stadt Schaffhausen könne sich glücklich schätzen, eine solche Institution zu haben. Es handelt sich nicht nur um das Abonnement des Blick, sondern auch um Fachliteratur.

Christoph Lenz (AL) unterstützt die Aussagen von Stadtpräsident Feurer, es stehe dem Parlament und der GPK nicht gut an, solche Lappalien zu begehen und zu bestimmen, welche Zeitungen gestrichen werden. Die Achtung vor diesen Menschen müsse gewahrt werden.

Fabian Käslin (JFSH), der in der GPK diesen Antrag gestellt hat, hält daran fest.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit 18 : 8 Stimmen gut.

Seite 140, Till Hardmeier (JFSH), 5900.367.000 Hilfsaktionen im In- und Ausland:

Stellt Antrag auf Streichung dieser Position und vertritt die Meinung, dass solche Hilfsaktionen keine Staatsaufgabe seien - jeder soll privat entscheiden, welches Hilfsprojekt er unterstützen will - und nennt als Beispiel den Unterstützungsbeitrag der Stadt Schaffhausen von Fr. 16'000.-- an eine Gemeinde im Jura für eine Kläranlage. Da sollen Bund und Kanton helfen, aber nicht die Stadt Schaffhausen.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Informiert, dass die Stadt nicht aus purer Lust eine Wasserversorgung im Jura unterstütze. Diese Hilfsaktion sei im Rahmen der Städtepartnerschaft und in Kooperation mit St. Gallen und Winterthur erfolgt. Es handelt sich um eine Solidaritätsbekundung unter den Gemeinden und ist eine sinnvolle Investition.

Kurt Zubler (SP) unterstützt die Aussage von Stadtpräsident Feurer und betitelt den Antrag als Gipfel der Kleinlichkeit.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit 31 : 3 Stimmen gut.

Seite 148, Till Hardmeier (JFSH), 6510.363.003 Verkehrsbetriebe Schaffhausen, Abgeltung Tarifierleichterungen:

Stellt Antrag auf Streichung von Fr. 753'000.-- und möchte auf die Tarifierleichterungen verzichten. Die Ticketpreise liegen - wie auch in der Vorlage an den GrSR vermerkt - unter dem Marktniveau. Eine Erhöhung der Tarife würde kaum jemanden vom Busfahren abhalten; es sind geringfügige Erhöhungen wie zum Beispiel für Erwachsene Fr. 2.80 (anstatt Fr. 2.50). Wenn Schaffhausen dem Tarifverbund beitrifft, sollten auch die Preise übernommen werden.

SR Peter Käppler bittet darum, den Betrag zu belassen. Weil der Stadtrat vorderhand an den heutigen VBSh-Preisen in der Kernzone (Einzelbillette und Mehrfahrtenkarten) festhalten will, beantragte er dem städtischen Parlament mit einer Vorlage in 2008 Tarifierleichterungen im Ausmass von 1,1 Mio. Franken zu beschliessen. Die entsprechenden Einnahmehausfälle werden den Verkehrsbetrieben ab 2009 als Tarifabgeltungen entschädigt. Weil dadurch die ungedeckten Kosten der Verkehrsbetriebe entsprechend reduziert werden, ist die Massnahme kostenneutral. Der Tarifverbund FlexTax entscheidet neu über die Gestaltung der Tarife, gemäss Stadtverfassung. Der GrSR kann jedoch für die Stadtzone auch weiterhin Verbilligungen verlangen. Das Parlament entscheidet im Rahmen der Budgethoheit über die zukünftigen Tarifierleichterungen. Der Stadtrat wird diesbezüglich allerdings eher eine zurückhaltende Politik einschlagen. Er will die Tarifierleichterungen bei kommenden Tarifrevisionen nicht weiter erhöhen, sondern eher tendenziell reduzieren.

Josef Eugster (SVP):

Gibt zu bedenken, dass sich das Problem in den nächsten vier Jahren selbst erledigt, weil die Gleichheit aller Teilnehmer am ZVV vollzogen wird.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit 31 : 2 Stimmen gut.

Seite 152, 7201 Kehricht- und Sperrgutabfuhr:

Dr. Raphaël Rohner (FDP) stellt fest, dass der Nettoaufwand sich seit der Rechnung 2008 mehr wie verdoppelt hat. Die Höhe der Gebühren sollte kostendeckend sein. Der Stadtrat wird eingeladen, sich im nächsten Jahr entsprechende Gedanken zu machen, wie dies erreicht werden könnte. Vielleicht könnte das Verteilnetz weniger dicht gestaltet werden. Dr. Raphaël Rohner bittet um entsprechende Vorschläge.

SR Peter Kämpfer:

Informiert, dass nach den Postfilialen auf Wunsch des SR noch weitere Geschäfte einbezogen wurden, vor allem auch vor dem Hintergrund der Schliessung verschiedener Poststellen. Mit jedem Geschäft wurde ein Vertrag mit einer Mindestbezugsmenge abgeschlossen. Die bezahlten Provisionen liegen unter den marktüblichen Ansatz.

Seite 154, Thomas Hauser (FDP), 7201.319.301 Kosten/Wert verschenkter Kehrichtmarken:

Schlägt vor, den Posten mit dem Kommentar "Ausschliesslich als Geschenk an Familien bei Geburten" vollumfänglich zu streichen (Fr. 4'300.--). Die Abgabe von Abfallmarken für den zusätzlichen Windelabfall mit einem Baby sei noch nie sinnvoll gewesen.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag von Thomas Hauser (FDP) mit 20 : 10 Stimmen gut.

Seite 158, Till Hardmeier (JFSH), 7800.439.000 Öffentliche Toiletten:

Stellt Antrag auf Einnahmen von Fr. 50'000.-- (anstatt Fr. 30'000.--) durch Erhebung von entsprechenden Gebühren für die Benutzung der öffentlichen Toiletten. In Zürich werden Fr. 1.-- bis Fr. 2.-- erhoben, was saubere Toiletten garantiert. Man könnte beispielsweise die Pissoirs beim Emmersbergsportplatz schliessen; gebührenpflichtige Toiletten werden weniger benutzt und sind viel weniger anfällig für Vandalenakte, was zusätzlich weniger Kosten verursacht.

SR Peter Kämpfer:

Stellt fest, dass öffentliche Toiletten für Einheimische und Touristen sehr wichtig und in der Stadt anzahlmässig eher zu wenig Anlagen vorhanden sind; sie werden aber laufend saniert oder neue eingerichtet (Kammgarnareal). Das grösste Problem ist der Vandalismus. Zur Einrichtung von McClean-Toiletten wie diese in Zürich und Winterthur bereits erfolgreich funktionieren, ist eine bestimmte Mindestfrequenz notwendig. Es laufen zurzeit Gespräche mit der SBB für eine solche Anlage am Bahnhof.

Urs Tanner (SP) und **Dr. Raphaël Rohner (FDP)** plädieren für Belassen dieser Position gemäss Vorschlag des Stadtrates.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit 22 : 8 Stimmen gut.

Seite 160, Stadtpräsident Thomas Feurer, 7890.318.115 Stadtökologie, Öffentlichkeitsarbeit:

Der Antrag der GPK lautet auf Kürzung um Fr. 10'000.--, der Stadtrat beantragt eine Kürzung von nur Fr. 5'000.--, da die Unterstützungsprogramme Interreg und E-Bike um je Fr. 2'500.-- reduziert werden können. Der Rest der Position sollte belassen werden, da es sich um bewährte Instrumente und Kampagnen handelt.

7890.318.501 Aufträge an Dritte:

Der GPK-Antrag lautet auf Kürzung von Fr. 13'000.-- (auf neu Fr. 40'000.--). Die Altlasten-/Bodenbelastungsabklärungen, budgetiert mit Fr. 15'000.--, werden jedoch nur nötig, falls städtische Grundstücke gemäss Kataster betroffen sind. Der Stadtrat ist mit der Kürzung einverstanden. Fr. 5'000.-- sind für das Heckeninventar Hemmental nötig, da das erste Inventar ungenügend war und sich viele Faktoren verändert haben. Der Kanton verlangt dieses Inventar und beteiligt sich mit 50% daran. Daher ist eine weitere Kürzung von Fr. 2'000.-- (auf neu Fr. 38'000.--) möglich.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst die von Stadtpräsident Thomas Feurer gestellten Anträge mit 34: 0 Stimmen gut.

Seite 164, 7900.318.501 Planung, Aufträge an Dritte:

GPK-Antrag: Kürzung auf Fr. 50'000.--.

SR Peter Kämpfer:

"Die Förderung der Stadt Schaffhausen als Wohnstandort ist eines der wichtigen Legislaturziele der Stadt. Als Vorlauf für eine solche Entwicklung sind Planungen erforderlich, zum Beispiel für Arealentwicklungen. Eine Kürzung um Fr. 20'000.-- auf noch Fr. 50'000.-- würde den Handlungsspielraum erheblich einengen, statt vorausschauend zu agieren, könnte vermehrt nur noch reagiert werden. Wichtige Projekte müssten zurückgestellt werden, andere könnten nur reduziert abgewickelt werden. Viele Projekte, gerade bei Arealentwicklungen, werden in Zusammenarbeit mit Dritten durchgeführt. Die Stadt ist Impulsgeber und kann mit einem finanziellen Beitrag eine Planung auslösen, die sonst nicht in Gang käme.

Eine Kürzung um Fr. 10'000.-- ist akzeptabel, besser wäre es, aufgrund der oben dargelegten Argumente den vollen Betrag zu belassen, zumal dieser gegenüber dem Budget 2009 bereits um Fr. 10'000 reduziert wurde. "

Abstimmung:

1. Antrag GPK: 15 Stimmen
2. Antrag SR: 15 Stimmen

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag von SR Peter Kämpfer (auf neu Fr. 60'000.--) mit Stichentscheid der Ratspräsidentin mit 16 : 15 Stimmen gut.

Seite 168, 8011.427.100 Güter, Benutzungsgebühren:

SR Peter Kämpfer gibt zu Protokoll, dass anstatt Fr. 9'400.-- gemäss GPK-Antrag, der Betrag auf Fr. 11'400.-- lauten müsste.

Seite 180, Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP), 8400 Beiträge zur Wohnumfeldverbesserung:

Stellt Antrag auf Streichung von Fr. 10'000.--. Dieser Antrag hätte eigentlich von der GPK gestellt werden müssen und wurde auch in der Elefantenrunde beim zuständigen Referenten, Stadtpräsident Thomas Feurer, vorgebracht; allerdings ist es der Baureferent, der sich mit dieser Materie beschäftigt. Da die Elefantenrunde bis spät in die Nacht dauerte, wurde leider vergessen, dieses Thema bei SR Peter Kämpfer nochmals aufzugreifen. Deshalb erfolgt der Antrag auf Streichung jetzt im Namen von C. Stamm Hurter. Zur Begründung verweist sie auf Art. 28 der Bauordnung der Stadt Schaffhausen. Gemäss dieser Vorschrift sind bei Neu- und Umbauten von Mehrfamilienhäusern auf privatem Grund geeignete Spiel- oder Gemeinschaftsflächen anzulegen. Diese haben mindestens 15% der gesamten Bruttogeschossfläche zu betragen. Die Gestaltung und Ausstattung richtet sich nach dem jeweiligen Bedarf. Es ist also klar, dass der Grundeigentümer sowohl bei Neu- als auch bei Umbauten von Mehrfamilienhäusern verpflichtet sind, Spiel- und Gemeinschaftsflächen zu schaffen. C. Stamm Hurter ist daher der Meinung, dass etwas, das von Gesetzes wegen verlangt wird, nicht noch mit öffentlichen Geldern finanziert werden sollte. Wird dies gemacht, so schafft es eine krasse Ungerechtigkeit, denn diejenigen Grundeigentümer werden benachteiligt, die ihrer Pflicht nach Bauordnung ohne weiteres nachkommen. Im Gegenzug werden aber diejenigen Eigentümer belohnt, die sich nicht bauordnungskonform verhalten.

SR Peter Kämpfer:

"In der Siedlung "im Brüel" in Herblingen wurden von den Liegenschafteneigentümern in den letzten Jahren grössere Investitionen für die Erneuerung der Wohnungen getätigt. Die Umgebung ist jedoch immer noch unattraktiv und spannungsarm. Grundsätzlich sind die Eigentümer bereit, auch in die Aufwertung der Umgebung zu investieren, unter der Voraussetzung, dass die seit längerem bestehenden Probleme mit Vandalismus gelöst werden können. Die Quartierarbeit Herblingen hat gute Kontakte aufgebaut mit Bewohnern der Siedlung und hat eine erste Bedürfniserhebung vorgenommen. In einer Besprechung vom 23.11.09 sind alle Beteiligten übereingekommen, dass eine Attraktivierung der Umgebung nur unter aktiver Mitwirkung der Bewohner eine Aussicht auf längerfristigen Bestand hat. Wenn die Bewohner ihre Umgebung selbst mitgestalten können und auch bei der Realisierung selbst anpacken, wird die Eigenverantwortung und Wertschätzung gestärkt. Dank der gewachsenen Sozialkontrolle kann der Vandalismus eingedämmt werden.

Es wurde vereinbart, zusammen mit den Bewohnern in einem offenen Planungsprozess, welcher durch die Quartierarbeit Herblingen, die Stadtgärtnerei und die Stadtplanung begleitet wird, die Ideen für eine neue Umgebungsgestaltung zu konkretisieren. Der Prozess soll durch eine externe Fachperson (Landschaftsarchitekt mit Fachwissen in Moderation) geführt werden. Hierfür ist der budgetierte Betrag vorgesehen. Voraussetzung für den Start des Prozesses ist ein genügend grosses Engagement der Bewohner. Die Realisierung wird schliesslich durch die Eigentümer finanziert, wobei die Bewohner möglichst viele Arbeiten selbst leisten sollen. Wenn alle Seiten mitziehen, kann ein beispielhaftes Projekt der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Privaten - hier Liegenschafteneigentümern - realisiert werden. Das Image der Siedlung "im Brüel" kann durch solche Massnahmen nachhaltig verbessert werden, wie das Beispiel der vor einigen Jahren im Birch realisierte Aufwertung der Umgebung gezeigt hat. Zusatzbemerkung: Von Seiten der Logis Suisse, Eigentümerin eines Teils der Wohnbauten im Brüel, wurde das Engagement der Stadt im Form der Quartierarbeit

und der aktiven Kontaktaufnahme als vorbildlich und schweizweit einzigartig gelobt. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag von Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP) mit 17 : 14 Stimmen gut.

DETAILBERATUNG IV. INVESTITIONSRECHNUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest Kapitel IV. Investitionsrechnung, ab Seite 193 wie folgt:

Seite 194, Stadtpräsident Feurer, 090.503.007 Hallen für neue Kunst:

"Der Stadtrat beantragt Ihnen, die vorgesehene Investition von Fr. 200'000.-- entgegen dem GPK-Antrag zu tätigen. Der SR ist überzeugt, mit diesem Beitrag eine nutzungsunabhängige, wertvermehrende Investition zu tätigen. Ein Gebäude mit so grossen Fensterfronten müsste auch für Wohn- oder Arbeitsräume zwingend über einen Sonnenschutz verfügen, da die Einstrahlung zu enormen Temperaturschwankungen und sehr hohen Sommerwerten führt. In den Hallen für neue Kunst stellen die privaten Leihgeber der Öffentlichkeit - und nicht für sich selbst, das ist sehr wichtig - wertvollste Objekte zur Verfügung, die vor extremen Klimaeinflüssen und UV-Strahlung geschützt werden sollten und an jedem anderen Ausstellungsort ebenfalls geschützt werden müssen. Mit den einfachen Lamellenstoren wurde eine pragmatische Lösung gefunden, die neben der aktuellen Museumsnutzung auch jede zukünftige Entwicklung zulässt und den Bestand und den Zustand der Leihgaben sichern hilft. Diese Lösung stärkt auch das Vertrauen der Leihgeber in den Standort Schaffhausen (Kanton und Stadt) für ihre Werke und hilft damit, ihr langfristiges Engagement zu sichern. Ausserdem sind damit die hochkarätig besetzten Seminare als Ergänzung zu unserem Kongressangebot in den Hallen für neue Kunst auch in den warmen Monaten möglich. Ich weiss nicht, ob Sie wissen, dass an solchen Seminaren Topcracks - beispielsweise von Daimler Benz - nach Schaffhausen kommen, hier essen und hier ihr Geld ausgeben. Diese Seminare zählen zu unseren besten internationalen Auftritten, werden von den Seminarteilnehmenden sehr geschätzt und direkt mit dem Namen Schaffhausen verbunden. Wir haben heute Abend von Hermann Schlatter gehört, woher die Steuereinnahmen vor allem kommen, das ist nicht aus unseren Taschen, sondern aus der internationalen Firmenlandschaft, die dank der tatsächlich sehr gut funktionierenden Wirtschaftsförderung hier angesiedelt werden konnte.

Sehr gerne weise ich ausserdem wieder einmal auf die aussergewöhnliche Ausstrahlung dieser Institution hin, die der Stadt Schaffhausen seit 25 Jahren einen ganz besonderen Platz auf der internationalen Kunstlandkarte garantiert. Vergessen Sie nicht, dass Schaffhausen, beziehungsweise unsere Wirtschaftsförderung bei den Ansiedlungen von Firmen erfolgreich eine weltweite Liga anspricht, denen die Nähe einer internationalen Kulturinstitution viel bedeutet und das Image Schaffhausens in einem hohen Mass aufwertet. Mit Beiträgen des Kantons (der fast alle internationalen Gäste mit den Hallen für Neue Kunst beeindruckt), des Gönnervereins und der regionalen und internationalen Firmensponsoringpartner - viele davon sind heute zu Partnern der Hallen geworden - lassen sich die investierten städtischen Gelder ausserdem mehrfach multiplizieren und entsprechen nahezu dem Ideal einer erfolgreichen Public Private Partnership und damit einer Win-win Situation für alle Beteiligten. Ich bitte Sie, diesem internationalen Aushängeschild der Stadt Schaffhausen die Möglichkeit, seine Probleme bezüglich Schutz der Kunstwerke

nicht zu verwehren und den Betrag von Fr. 200'000.-- im Budget zu belassen. “

Hermann Schlatter (SVP):

Weist daraufhin, dass niemand die Hallen für Neue Kunst schliessen will oder dagegen ist, stellt aber auch gleichzeitig fest, dass ein Grossteil der Schaffhauser Bevölkerung vermutlich noch nie in den Hallen war und diese als nicht sehr wichtig betrachtet. Wenn die Stadt den Hallen schon die Räumlichkeiten gratis überlässt, handelt es sich beim vorgesehenen Lamellensystem, das die Funktion von Vorhängen hat, um eine Angelegenheit des Mieters und nicht des Vermieters. Als Nächstes kommt die Forderung nach einer Klimaanlage. Hermann Schlatter äussert Zweifel daran, ob die Ansiedlung von Firmen tatsächlich wegen der Hallen für Neue Kunst stattfinden oder allenfalls eher durch die günstige Steuerbelastung in der Stadt und im Kanton Schaffhausen erfolgen. Wenn Top cracks zu Seminaren in den Hallen kommen, dürften solche Veranstaltungen auch Einnahmen generieren, welche für den Einbau der gewünschten Lamellenstoren eingesetzt werden könnten. Hermann Schlatter hält am Antrag der GPK fest.

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

Unterstützt das Votum von Stadtpräsident Thomas Feurer, dass die Hallen für Neue Kunst für Schaffhausen von grosser Wichtigkeit sind, unabhängig von der eigenen, persönlichen Wertung. Die Stadt Schaffhausen braucht solche Leuchttürme, um aus ihrer Provinzialität herauszukommen. Nicht nur Kunstkreise, sondern auch Geschäftsleute, die persönlich keine allzu grosse Affinität zu den Hallen haben, werden darauf angesprochen. Es wäre sehr kleinkrämerisch, wenn diese sehr zurückhaltende Art von Sonnenschutzbewältigung für die Kunstgegenstände verhindert würde. Die Leistungsvereinbarung zwischen Kanton und Stadt und den Hallen für Neue Kunst ist auch eine Vertrauensbasis, die Stadt muss ihren Verpflichtungen nachkommen. Dr. Raphaël Rohner bittet darum, den Betrag von Fr. 200'000.-- wieder ins Budget aufzunehmen und dem Antrag des Stadtrates zu folgen.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Hält fest, dass es sich bei den Hallen für Neue Kunst eigenartigerweise immer wie um eine Religion handelt und bittet den Rat darum, auch dort Unterstützung zu sprechen, wo man vielleicht persönlich nicht profitieren kann. Er unterstütze die Sanierung der Eissportanlagen auch, obwohl er persönlich nicht Schlittschuh laufe. Die Stadt Schaffhausen ist mit den Hallen für Neue Kunst in der internationalen Welt angekommen, wo bestimmte Personenkreise sich abgeholt fühlen, wenn etwas da ist, was ihnen vertraut ist und aus eben dieser internationalen Welt stammt. Schaffhausen ist auch Teil eines Konglomerats von Interessen, in dem nicht jeder nur das unterstützen kann, was ihm persönlich etwas nützt. Die Hallen für Neue Kunst und natürlich auch die IWC-Uhren haben mit Abstand die grösste Wirkung von Schaffhausen in der Welt.

Thomas Hauser (FDP):

Stellt fest, dass die Hallen für Neue Kunst die Stadt bereits seit über 20 Jahren beschäftigt, und es drohte ein Fass ohne Boden zu werden. Vor einem Jahr sei dann die Leistungsvereinbarung mit entsprechenden Rechten und Pflichten von beiden Seiten vereinbart und die Kammgarnanlage den Hallen für Neue Kunst kostenlos zur Verfügung gestellt worden - und jetzt müssten bereits Fr. 200'000.-- an neue Lamellenstoren bezahlt werden. Wenn das so weiter geht, wurde irgendjemand angelogen oder die Vereinbarung genügt nicht. Dies habe mit Kulturstreit oder Religion nichts zu tun.

Christoph Lenz (AL) stellt Ordnungsantrag auf Ende der Diskussion. Drei ausstehende Wortmeldungen (Walter Hotz, Martin Egger, SR Peter Kämppler) zum Thema werden noch berücksichtigt.

Walter Hotz (FDP):

Vertritt die Meinung, dass Stadtpräsident Thomas Feurer endlich etwas Druck auf die Hallen setzen muss, deren Einnahmen als lächerlich klein ausgegeben werden (Fr. 3'200.-- im Jahr). Der Kanton bezahlt Fr. 400'000.-- jährlich und der Stiftung ist es immer noch nicht gelungen, das Stiftungskapital auszugleichen (Minus von Fr. 80'000.--). Es sei endlich Zeit, dass von stadträtlicher Seite darauf beharrt werde, die Stiftung auf eine normale finanzielle Bahn zu stellen. Der GPK-Präsident bittet den Rat, dem GPK-Antrag zu folgen. Es drohe zum Fass ohne Boden zu werden, die GPK habe seit Jahren grosse Probleme mit der Stiftung.

Martin Egger (FDP):

Nimmt Bezug auf das Votum von Stadtpräsident Thomas Feurer und weist daraufhin, dass die Schaffhauserinnen und Schaffhauser vor gut drei Wochen mit 73% ja zu den KSS gesagt haben; aber zu den Hallen für Neue Kunst hätte die Bevölkerung dies noch nie machen können.

SR Peter Kämppler:

In der neuen Leistungsvereinbarung wurde festgelegt, dass die Gebäudeeigentümerin für das Gebäude und die Instandhaltung des Gebäudes verantwortlich ist, dagegen wird der mutmassliche Mietzins in Form von Leistung verrechnet. Das ist der Grund, warum dieser kostengünstige Lamellenschutz durch die Stadt erbracht werden müsste. Ursprünglich lautete der Antrag der Hallen für Neue Kunst auf den Einbau einer Klimaanlage, was die Stadt selbstverständlich abgelehnt hat, da es unüblich und im vorliegenden Fall auch energietechnisch unverhältnismässig ist, städtische Gebäude zu klimatisieren. Zur Situation der Verwaltungspolizei im Erdgeschoss: Solange keine Ersatzlösung besteht, bleibt sie dort.

Der Rat stimmt dem von Christoph Lenz (AL) gestellten Ordnungsantrag mit 29 Stimmen zu, die Diskussion wird beendet.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates (Position 090.503.007: Fr. 200'000.--) mit 20 : 15 Stimmen gut.

Seite 204, Simon Stocker (AL), 330.503.357 Magazin Nordstrasse, Planung:

Stellt seine alljährliche Frage nach der unbefriedigenden Situation der Fussballplätze; anzahlmässig habe es viel zu wenig, die vorhandenen seien überbelegt und grösstenteils in bedenklichem Zustand. Auch die schlechte Garderobensituation auf dem Sportplatz Gruben wird erneut erwähnt.

SR Peter Kämppler:

Informiert, dass im nächsten Frühjahr eine Vorlage zum Teilaspekt der Fussballplätze vorliegen wird, die wichtiger Bestandteil des Gesamtkonzeptes für Sportplätze sind. Kunstrasenplätze sind eine Möglichkeit, die Nutzung von Fussballplätzen angesichts der knappen Raumverhältnisse zu erhöhen. Betreffend Garderobesituation auf dem Sportplatz Gruben sind Verbesserungen bereits erfolgt und der Schimmel wurde behoben.

Seite 210, SR Peter Kämpfer, 620.501.603 Oberbauerneuerungen:

Antrag des Stadtrates: Erhöhung von Fr. 180'000.-- auf Fr. 210'000.-- im Zusammenhang mit einem Bauprojekt in Buchthalen. Das Projekt Buchthalen konnte früher und gemäss Schlussabrechnung ohne die befürchteten Mehrkosten von Fr. 30'000.-- abgeschlossen werden und die Position kann um diesen Betrag gekürzt werden. Der Grosse Stadtrat heisst diesen Antrag gut.

Seite 212, SR Peter Kämpfer, 620.501.679 Hohlenbaumstrasse, Aufwertung Denner und Vorplatz:

"Die Platzumgestaltung ist seit langem ein Thema im Quartier und wurde im Rahmen Zukunftswerkstatt Breite und PASS immer wieder als Massnahme aufgeführt. Es besteht auch eine Bringschuld gegenüber dem Quartier, für eine Neuorganisation der Parkplätze und der damit verbundenen Zufahrten gibt es einen Konzeptvorschlag. Dieser wurde mit den Eigentümern der GB Nr. 1519 (Schlatter-Vikas, Mieter u.a. Denner) vorbesprochen. Zurzeit liegt eine Projektstudie vor; es ist geplant, dass Projekt zusammen mit weiteren Betroffenen und dem Quartiersverein zu verfeinern. Die Parkplätze auf öffentlichem Grund sind derzeit an Schlatter-Vikas vermietet (5-Jahres-Vertrag). Schlatter-Vikas und Denner sind ebenfalls im Gespräch, da die Liegenschaft umgebaut werden soll, Ergebnisse sind noch ausstehend. In der Konzeptbearbeitung (mit Einbezug Quartiersverein und -bewohner) hat sich gezeigt, dass eine Platzumgestaltung sehr komplex ist: Platzform, vielfältigste Fuss- und Fahrwegbeziehungen, Bushalt, Kiosk) und diverse unterschiedliche Vorstellungen bestehen. Die Konzeptvariante zeigt jedoch, dass eine Verbesserung der Situation (besserer und sicherer Zugang zu Bushaltstelle, verbesserte Wartemöglichkeit, Zufahrt Parkplätze, Vorplatzbereich Denner) machbar ist, dies aber auch abhängig ist von den Vorstellungen Schlatter-Vikas und Denner. Bei Einigkeit zwischen Stadt und Schlatter-Vikas kann jedoch schnell ein Projekt umgesetzt werden. Der SR beantragt den Betrag stehen zu lassen. Das definitive Projekt wird der Baufachkommission präsentiert, sodass das Parlament miteinbezogen werden kann. Das Projekt hat für die Breite grosse Wichtigkeit, weil es eines der Top ten auf der Wunschliste des Quartiers ist. "

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

Nennt als Grund seitens der GPK für ein Nein, dass dies im Zusammenhang mit dem PASS-Gesamtkonzept überprüft werden müsse. Es sei zurzeit noch zu früh für Planungen.

Andres Bächtold (SP):

Vertritt die Meinung, dass dies mit PASS - findet auf der vorderen Breite statt - nichts zu tun habe. Das Quartierzentrum an der Hohlenbaumstrasse ist weit weg und nicht betroffen. Die Zukunftswerkstatt Breite hat mit grosser Beteiligung getagt und die Aufwertung dieses Bereiches war ein wesentliches Anliegen. 2008 wurde versprochen, diese Aufwertung ins Budget 2009 aufzunehmen, jetzt soll es aus dem Budget 2010 gekippt werden. Es handelt sich hierbei um eine sehr bescheidene Platzgestaltung, die weniger wie die Lamellen der Hallen für Neue Kunst kostet; das Projekt ist sehr kostengünstig, da kann man wohl kaum viel falsch machen. Wenn Bewohner eines Quartiers an einem Planungsprozess beteiligt werden, haben diese auch einen Anspruch darauf, dass ihre Wünsche irgendwann einmal berücksichtigt werden.

Christoph Lenz (AL):

Hat schon in der GPK die Begründung der Gegner nicht verstanden; es handelt sich gemäss in der GPK präsentierten Skizze um eine moderate Gestaltung, die mit PASS nichts zu tun hat. Diskussionspunkt seitens der Bürgerlichen war die Tatsache, dass zwei oder drei Parkplätze wegfallen - dies wohl auch Grund, warum die bürgerliche Mehrheit die Platzgestaltung, die zu einer sehenswerten Quartieraufwertung führt, versenkt haben.

Martin Roost (OeBS, parteilos):

Bittet darum, den Betrag im Budget zu belassen und könnte sich gut vorstellen, dass projektplanerische Aspekte für das Nein der GPK verantwortlich sind. Die Fachkommission müsste unbedingt involviert werden wie von SR Peter Kämpfer in Aussicht gestellt. Die Situation ist sehr unübersichtlich und gefährlich, sie muss unbedingt verbessert werden. Projektkritiken sind zwar verständlich, Parkplätze dürften aber keine verloren gehen.

Walter Hotz (FDP):

Zitiert wie folgt aus dem GPK-Protokoll: *“SR Peter Kämpfer erläutert das Projekt, das gemeinsam mit den Anwohnern erarbeitet wurde, im Detail. Dieses Projekt entstand im Zusammenhang mit der Zukunftswerkstatt Breite und kann als Vorleistung zu PASS bezeichnet werden.“* Die Anzahl Parkplätze wird auf 10 reduziert, zurzeit bestehen über 20 Parkplätze. Es stellt sich hauptsächlich die Frage, ob man das Gewerbe weiterhin an seinem jetzigen Standort haben will oder nicht oder ob dieses nicht allenfalls aufgrund der einbrechenden Umsätze aus dem Quartier wegziehen wird und erinnert in diesem Zusammenhang an die Kleine Anfrage von Peter Neukomm zum Rückzug des Coop aus dem Quartier Niklausen.

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

Erinnert sich als Teilnehmende daran, dass die Verkehrsführung entlang der Hohlenbaumstrasse bereits ein grosses Thema in der PASS-Diskussion war. Darum ist auch der Zusammenhang zu PASS gerechtfertigt. Es geht nicht nur um die Vorsanierung auf dem Platz, sondern um die wichtige Frage der zukünftigen Verkehrsführung. Ohne Kenntnisse des Gesamtkonzeptes wird die geplante Aufwertung ein Flickwerk.

Peter Möller (SP):

Weist auf die goldene Brücke von SR Peter Kämpfer hin, dass das Projekt vor der Freigabe zuerst noch der Fachkommission zur Diskussion vorgelegt wird, um sämtliche Bedenken (Parkplätze, Verkehrsführung) auszuräumen und bittet darum, den Betrag im Budget aufzunehmen. Die Verkehrsführung wird gemäss Projektskizze, die der GPK vorgelegt wurde, nicht verbaut und lässt weiterhin andere Möglichkeiten offen.

SR Peter Kämpfer bestätigt, dass in erster Linie die Verkehrssicherheit erhöht wird. GPK-Präsident Walter Hotz hat aus dem GPK-Protokoll richtig zitiert, dass es kein Element von PASS ist, sehr wohl aber ein PASS-kompatibles Projekt. Die Fussgängerführung, der Kreuzungspunkt, die Anordnung der Bushaltestelle und der Zufahrt zu den Parkplätzen werden verbessert. Das Projekt wird mit den Gewerbebetrieben und den Eigentümern von GB Nr. 1519 abgesprochen und gemeinsame Gespräche sind am Laufen. Das Gewerbe soll auf jeden Fall im Quartier erhalten bleiben, das Breite-Quartier ist bald das einzige mit Geschäftsstrukturen, welche für die Bewohnerinnen und Bewohner sehr wichtig sind.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates 18 : 16 Stimmen gut.

Seite 218, Alfred Tappolet (SVP), 750.501.765:

Möchte von SR Peter Käppler wissen, ob Gemeinden, in denen die Gefahr von Hochwasser besteht, für notwendige Schutzmassnahmen eine finanzielle Beteiligung des Kantons erhalten, das heisst, ob der Betrag von Fr. 600'000.-- vom Kanton übernommen wird. Der Kantonsrat hat die Motion Hostettmann entsprechend überwiesen.

SR Peter Käppler:

Zum Zeitpunkt der Budgetierung war noch nicht klar, ob der Kanton die Motion von Franz Hostettmann umsetzen wird. Die Entwicklung wird vom SR sorgfältig überwacht.

Hermann Schlatter (SVP):

Geht davon aus, dass mit dem Bau der notwendigen Schutzmassnahmen erst dann begonnen wird, wenn die Frage der Subventionszahlung vom Kanton geklärt ist und erwähnt Fälle, wo bereits erfolgte Baumassnahmen nicht entsprechend unterstützt wurden.

SR Peter Käppler:

Bestätigt, dass der Entwicklung besonders aufmerksam verfolgt wird. Gemäss Vorgaben des Kantons sind die Gemeinden ab 2011 verpflichtet, die Hochwasserkartierung grundeigentümergebunden einzutragen. Allenfalls wird das Projekt entsprechend verzögert angegangen.

Seite 220, SR Peter Käppler, 790.503.748 Projektierung Masterplan Rheinufer:

"Es ist eine gewisse Verwirrung entstanden, die ich auch in der GPK noch nicht vollumfänglich bereinigen konnte. Einerseits haben Sie mit den GPK-Anträgen zugestimmt, dass aus der Vorlage Masterplan Rheinufer, die zurzeit in der Fachkommission Bau beraten wird, der Betrag für die Ausarbeitung in Zusammenhang mit dem Agglomerationsprojekt für die Rheinuferstrasse neu ins Budget aufgenommen wurde, weil dort eine zeitliche Dringlichkeit besteht (bezüglich Ausarbeitung Agglomerationsprogramm). Bei dieser Position war der Verwendungszweck des Geldes unklar. Der Masterplan Rheinufer sollte hoffentlich am 09.12.09 in der Fachkommission fertig beraten werden. Der Masterplan stellt sicher, dass der Überblick über die neun kleineren und grösseren Projekte nicht verloren geht, sowie die Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen den Projekten ersichtlich sind. Dafür sind die finanziellen Mittel der vorliegenden Position vorgesehen, das heisst nicht für die Rheinuferstrasse, sondern für andere Projekte, prioritär vor allem die Öffnung und Sanierung der Rhybadi. Ursprünglich war der eingesetzte Betrag für den Fussgängersteg vorgesehen, welchem aber in der Fachkommission Bau weniger hohe Priorität beigemessen wurde. Damit diese Projekte weiter vorangetrieben werden können und im Hinblick auf das geplante Schaffhauser Fest im Juni 2011 sind gewisse Finanzmittel für Vorabklärungen und erste Konzepte dringend erforderlich. Der Stadtrat beantragt einen Betrag von Fr. 80'000.--, sodass im Bereich Rhybadi weitere Planungen vorgenommen werden können (im Sinne des Masterplans Rheinufer). "

Abstimmung:

1. Antrag GPK: 15 Stimmen
2. Antrag SR: 15 Stimmen

Der Grosse Stadtrat heisst mit Stichentscheid der Ratspräsidentin den Antrag des Stadtrates (Position 790.503.748) von Fr. 80'000.-- mit 16 : 15 Stimmen gut.

Seite 226, SR Peter Kämpfer, 942.703.133 Marienstift, Sanierung:

"Nach dem Wegzug der International School steht das Objekt Marienstift leer. Der im Budget 2010 mit Fr. 850'000.-- eingesetzte Betrag ist für die für eine Vermietung notwendige Sanierung gedacht. Aus Sicht des Stadtrates ist es die schnellste und beste Möglichkeit, die Liegenschaft einem neuen Nutzen zuzuführen. Aus Sicht der Wirtschaftsförderung besteht auch Interesse für solche Objekte, da deren Lage verkehrstechnisch optimal und sehr zentral ist. Trotz Wirtschaftskrise haben Neuansiedlungen immer wieder erfolgreich stattgefunden, aber die Wirtschaftsförderung kann nur dann entsprechende Angebote unterbreiten, wenn die notwendigen Immobilien auch rasch zur Verfügung stehen.

In der GPK wurden verschiedene Wege diskutiert, der GPK-Präsident hat in seinem Eintretensbericht bereits darauf hingewiesen. Die Mehrheit der GPK hat sich für einen Verkauf der Liegenschaft ausgesprochen. Der Stadtrat ist in diesem Fall nicht für einen Verkauf, weil er keine einseitige Strategie pflegen und bei jedem Objekt die bestmögliche Variante suchen möchte. Das Parlament hat in der Vergangenheit bereits einige Liegenschaftsverkäufe gut geheissen, beispielsweise das Areal Bleiche mit Fr. 12 Mio.; die Stadt bietet aber auch verschiedene Baurechte an. Es ist Aufgabe der Stadt eine Immobilienpolitik zu betreiben, die Lenkungs-, Gestaltungs-, Durchmischungs- und Attraktivierungsmöglichkeiten bietet. Dies zum Wohl einer lebendigen Stadt mit ausgewogenen Verhältnissen und zur gezielten Generierung von Steuersubstrat in Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung.

Betreffend Marienstift würde ein Verkauf eine Ausschreibung bedingen, mit einer entsprechenden Vorlage an das Parlament und - aufgrund des möglichen Verkaufspreises bei rund Fr. 2 Mio. und der aktuellen Kompetenzen des GrSR - einer obligatorischen Volksabstimmung. Neben der Ungewissheit des Ausgangs dauert dieser Prozess deutlich länger wie eine Vermietung der Liegenschaft; rund eineinhalb Jahre müssen eingeplant werden. Mit dem vom SR vorgeschlagenen Vorgehen besteht die Möglichkeit, die Liegenschaft für eine Mietlösung auszuschreiben oder über die Wirtschaftsförderung potenzielle Mieter zu finden und anschliessend die notwendigen Investitionen vorzunehmen. Es handelt sich nicht um eine Luxussanierung, sondern darum, die Liegenschaft markt- beziehungsweise vermietfähig zu machen. Jahrzehntlang wurde der Unterhalt vernachlässigt, eine Grundsanierung der veralteten Gebäudeinfrastruktur ist notwendig (wie Elektrik, Sanitär, feuerpolizeiliche Auflagen, Lift). Die Sanierung findet erst dann statt, wenn ein Mieter gefunden werden konnte. In der GPK wurde die Frage nach der Anzahl der Parkplätze gestellt. Neuhausen hat eine Offerte für zusätzliche Parkplätze erstellt, auch auf der Anlage sind weitere, allerdings beschränkte Parkplätze möglich.

Deshalb unterbreitet Ihnen der SR die Variante Miete und die Bereitstellung der notwendigen Gelder, die nur dann ausgelöst werden, wenn ein Mietvertrag vorliegt. Wir sind der Überzeugung, dass das Objekt rasch vermietet werden kann, die Rentabilität ist ebenfalls ausgewiesen. Das Marienstift ist eine voll abbeschriebene Bestandesimmobilie, jeder Mietfranken somit ein Ertrag. Wir rechnen mit einer

9%igen Rendite pro Jahr. “

Christoph Lenz (AL):

Informiert, dass das Marienstift für die SP/AL-Fraktion ein zentraler Entwicklungsstandort ist. Das Parlament verlangt vom Stadtrat ein wirtschaftlicheres Verhalten und sollte ihm deshalb keine Knebel zwischen die Beine werfen, wenn er entsprechendes Potenzial, das bereits im Finanzvermögen der Stadt vorhanden ist, aber brach liegt, findet und mit verhältnismässig geringem Aufwand zu einem gut rentablen Objekt machen will. Alljährlich wiederkehrende Mieteinnahmen sind sogar noch besser wie Steuereinnahmen, da erstere normalerweise konjunkturunabhängig sind. Im vorliegenden Fall könnte man ein Potenzial frei spielen, das für die Stadt im finanziellen Bereich erfolgsversprechend ist.

Hermann Schlatter (SVP):

Kritisiert die Vorgehensweise von heute Abend, die seiner Ansicht nach nicht ganz seriös ist. In der GPK ist über einen Bestandteil der Vorlage Konjunkturprogramm 2009 - das Objekt Wasserquelle - diskutiert und grundsätzlich der Wunsch geäussert worden, gemeinsam mit dem Baureferenten eine vertiefte Diskussion zu führen, was in Zukunft mit den frei gewordenen Liegenschaften - auch im Zusammenhang mit dem Stadthausgeviert - passieren soll. Es kann keine Staatsaufgabe sein, Liegenschaften zu sanieren und diese zu vermieten. Mit der jetzigen Vorgehensweise werde eine Salomitaktik betrieben, erst das Marienstift, dann die Wasserquelle. Die in der GPK präsentierte Rentabilitätsrechnung sei mehr wie anzuzweifeln, zusätzliche Parkplätze sind beispielsweise nicht in den Fr. 850'000.-- berücksichtigt. Das Projekt sei zurzeit zurückzustellen und zu einem späteren Zeitpunkt nach erfolgter Grundsatzdiskussion wieder aufzunehmen. Sofern heute Abend einer Sanierung zugestimmt wird, beantragt Hermann Schlatter eine Gedenktafel, da es sich um den Geburtsort von Christoph Blocher handelt.

Kurt Zubler (SP):

Bittet um Unterstützung des Antrages des Stadtrates und möchte keine Grundsatzdebatte über die städtische Liegenschaftspolitik an einem Einzelobjekt führen. Hier handelt es sich um ein konkretes Objekt und um den vom SR beantragten Handlungsbedarf. Letztlich kann die Zukunft der Liegenschaftspolitik in der GPK vordiskutiert werden, diese müsste aber mit einem Vorstoss oder mit einem Antrag im GrSR geführt werden. Das Parlament hat bisher bereits mehrfach die Politik bestätigt, wichtige Liegenschaften zu behalten, andere im Baurecht abzugeben oder zu vermieten und in Einzelfällen zu verkaufen. Das Marienstift ist eine strategisch gut gelegene Liegenschaft, eine Veräusserung wäre falsch. Till Hardmeier (JFSH) hat in seiner zweiten Kleinen Anfrage erneut die Frage gestellt, was mit frei werdenden Liegenschaften passiert. Im vorliegenden Fall reagiert der SR zügig und möchte schnell zu einer positiven Lösung kommen.

Christoph Lenz (AL):

Wirft ein, dass Schaffhausen wahrscheinlich nicht erbaut worden wäre, hätte es dafür erst einen Masterplan gebraucht. Es kann nicht für jedes dem Parlament unterbreitete Geschäft eine Grundsatzdebatte geführt werden. Auf der Breite kann kaum noch ein Dohlendeckel verschoben werden, bis nicht grundsätzlich klar ist, was mit PASS herauskommt; in keinem Schulhaus darf ein Pinselstrich gemacht werden, bevor nicht das Ergebnis der Schulraumplanung klar ist und am Rheinufer darf keine Pflasterung vorgenommen werden, bis nicht die Pläne für das gesamte Rheinufer bekannt sind. Wenn zu lange immer Resultate von Grundsatzdiskussionen abgewartet werden, verliert die Stadt Geld, das für andere Projekte eingesetzt

werden könnte. Der beantragte Budgetposten soll im Budget 2010 belassen werden.

Dr. Paul Bösch (OeBS):

Stellt die Frage, ob die Möglichkeit eines Baurechts überprüft worden sei. Würde diese Variante ins Auge gefasst, wäre eine Vorinvestition von Fr. 850'000.-- nicht nötig und das Objekt könnte direkt abgegeben werden.

SR Peter Käppler:

Zeigt sich offen für eine Grundsatzdebatte, gibt aber zu bedenken, dass die zurzeit geltende Stadtverfassung eindeutige Limiten setzt - im Gegensatz zum Kanton sind der Stadt die Hände gebunden. Im Zusammenhang mit der Revision der Stadtverfassung müsste diese Problematik der zukünftigen Kompetenzen des Parlaments aufgenommen und ernsthaft diskutiert werden. Eine schnelle Reaktionsfähigkeit ist auf dem Liegenschaftenmarkt sehr wichtig. Der Stadtrat betrachtet die Liegenschaftspolitik nicht dogmatisch, für jede Liegenschaft will er die beste und schnellste Lösung finden. Die Baurechtsvariante wurde beim Objekt Marienstift nicht geprüft, weil wir vom Substanzwert her an die Grenze der Volksabstimmung kommen. Bei einem Baurecht wird unterteilt in Landwert und Substanzwert. Wenn der Substanzwert Fr. 1,2 Mio. übersteigt, ist eine Volksabstimmung durchzuführen. Die Vermietung wäre unter jedem Aspekt die schnellste Möglichkeit einer Neunutzung.

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

Kritisiert die fehlende Verkehrswertschätzung und die Tatsache, dass die Zahlen der Renditeberechnung sozusagen in der Luft hängen, da eine Schätzung nie gemacht wurde. Es wird von einer erwarteten Verzinsung von 9% gesprochen, ohne Berücksichtigung der Kapitalkosten für die Beschaffung der Vorinvestition. Da die Verkehrswertschätzung fehlt, könne eine seriöse Einschätzung der möglichen Erträge gar nicht gemacht werden.

Stadtpräsident Thomas Feurer:

Stellt fest, dass Parlament und Stadtrat bei verschiedenen Diskussionen immer wieder zum gleichen Punkt gelangt sind. Die Grundsatzdiskussion muss zuerst im Stadtrat geführt werden; es ist nicht möglich, in Zukunft für jedes Grundstück oder für jede Liegenschaft eine Eventualabstimmung durchzuführen. Es muss ein Gesamtkonzept ausgearbeitet werden - auch im Zusammenhang mit den im Finanzplan erwähnten Projekten wie PASS, Lindli und Stadthausgeviert. Stadtpräsident Thomas Feurer bittet den Rat darum, das Projekt Marienstift zu belassen und dem Stadtrat die Möglichkeit einer flexiblen Reaktion zuzugestehen. Die grosse Diskussion wird auf jeden Fall nötig sein.

Hermann Schlatter (SVP):

Schlägt einen Kompromiss vor und bittet darum, die Projekte Marienstift und Wasserquelle in der gleichen Vorlage dem Parlament zu unterbreiten. Hermann Schlatter stellt Antrag auf Zurückstellen des Betrages von Fr. 850'000.--.

Christoph Lenz (AL):

Erkennt keinen Sinn im vorgeschlagenen Kompromiss und sieht kein Präjudiz vis-à-vis der Wasserquelle.

SR Peter Käppler:

Könnte sich mit diesem Weg einverstanden erklären, so dass im Stadtrat und in der GPK fundiert diskutiert werden kann, bevor eine Diskussion im Parlament stattfindet.

Dr. Raphaël Rohner (FDP): Stellt Ordnungsantrag auf Schluss der Diskussion.

Christoph Lenz (AL) hat sich als letzter Votant vor diesem Ordnungsantrag zu Wort gemeldet: Der Streit finde umsonst statt; es wäre gut, wenn der Rat es das nächste Mal vorher wüsste.

Abstimmung Ordnungsantrag:

Der Grosse Stadtrat heisst den Abstimmungsantrag mit 29 Stimmen gut.

DETAILBERATUNG:

V. SPEZIALFINANZIERUNGEN, VI. STIFTUNGEN UND LEGATE, VII. SPEZIALVERWALTUNGEN, VIII. STIFTUNG IMPULS, IX. BETRIEBE

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

DETAILBERATUNG:

II. SACHGRUPPENSTATISTIK

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

DETAILBERATUNG:

I. GESAMTERGEBNIS, BOTSCHAFT DES STADTRATES UND ANTRÄGE:

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest die Botschaft des Stadtrates zum Budget 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen vom 15. September 2009, Seite 1 bis 11 bis zu den Anträgen:

ANTRÄGE:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2010 wird genehmigt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98% festgesetzt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Fabian Käslin (JFSH):

"Die GPK, von der ich ein Teil bin, hat heute eine Budgetvorlage vorgelegt, die man als akzeptabler Kompromiss werten darf. Die FDP/JFSH/SVP haben in der GPK klar aufgezeigt, wo man überall sparen kann. Es ist eine Menge Spielraum vorhanden, wie Sie nun gesehen haben. Natürlich hätte die bürgerlich dominierte GPK noch weitergehende Sparvorschläge machen können. Doch auch wir sind uns bewusst, dass wir auf die Unterstützung der Ratsmitte angewiesen sind. Deshalb waren wir sehr zurückhaltend bei unseren Anträgen und gingen davon aus, dass dieser Kompromiss nun auch von ihnen getragen werden kann.

Diverse Anträge der GPK haben Sie nun aber gestrichen. Sie haben das Budget verschlechtert. In Zeiten der grössten Wirtschaftskrise beschliessen Sie eine Lohnerhöhung für das Personal. Damit hätte ich mich zähneknirschend abfinden können - wie auch meine Fraktion. Doch dabei konnten Sie es nicht belassen. Weitere Ausgaben wurden erhöht. Nun steht die Stadt mit einem roten Budget da, das ich so nicht akzeptieren kann. Wir haben Ihnen seitens der bürgerlichen Seite aufgezeigt, wo überall Handlungsspielraum vorhanden ist. Sie haben sich gesträubt

und die Sparbemühungen der FPD und SVP einmal mehr versenkt. Deshalb ist der folgende Antrag erst recht notwendig. Denn Sie haben gezeigt, dass Sie keinen Sparwillen besitzen. Ich stelle hiermit den Antrag, den Gemeindesteuerfuss auf 97% festzusetzen. Dies ist eine moderate Steuersenkung, die Positives bewirkt: Unsere Stadtbevölkerung bekommt in der Krise eine Steuersenkung.

Der Stadtrat wird gezwungen, mit den Mitteln haushälterisch umzugehen und das von Ihnen beschlossene Budget zu unterschreiten, um einen noch grösseren Fehlbetrag zu verhindern. Die Idee des Antrages ist also ganz gezielt, den Stadtrat noch zu bewegen, das Budget zu unterschreiten, um doch noch nahe an eine schwarze Null zu kommen. Ich glaube, dieser Spielraum ist vorhanden.

Sollte die städtische Bevölkerung die Steuersenkungsinitiative meiner Partei in naher Zukunft gut heissen, hat der Stadtrat bereits die Marschrichtung erhalten und einen ersten Schritt in die richtige Richtung gemacht. Einen ersten Schritt raus aus der Steuerhölle. Denn die umliegenden Gemeinden schlafen nicht. Trotz Krise und schwieriger Ausgangslage werden in vielen Gemeinden die Steuern gesenkt. Eine Senkung um einen Prozentpunkt ist hier fast schon eher als Symbol zu betrachten. Es ist ein Kompromiss, den ich Ihnen vorschlage. Ich könnte auch populistisch Antrag auf 15 Prozentpunkte stellen. Aber dies ist nicht meine Art. Unsere Fraktion steht für tiefe Steuern ein - dies haben wir mehrfach klargemacht. Deshalb ist dieser Antrag konsequent. “

Daniel Preisig (SVP):

”Ich unterstütze diesen Antrag auf Steuerfussenkung auf 97 Punkte und habe einen solchen jedes Jahr gestellt; deshalb bin ich froh, in dieser Sache Freunde erhalten zu haben. Der Stadtrat macht derzeit keinerlei Anstalten, die Steuern in den nächsten Jahren in eine gesunde Entwicklung zu lenken. Im Gegenteil, auf Seite 6, beziehungsweise Seite 27 des Finanzplans, können Sie lesen, wie wichtig dem Stadtrat die Attraktivierung unseres Steuerstandorts ist. Ich zitiere folgende Zahlen:

Budget 2010: 98%

Finanzplan 2011: 98%

Finanzplan 2012: 98%

Finanzplan 2013: immer noch 98% - was für eine Überraschung

Im Klartext: Bei den Steuern soll also ganz und gar nicht gehen. Diese mangelnde Bereitschaft, diese Leistungsverweigerung, etwas zu tun, kann so nicht goutiert werden. Offenbar hat der Stadtrat vergessen, dass die Abwanderung guter Steuerzahler über den Rhein immer noch stattfindet.

Es ist offensichtlich: Der Stadtrat entwickelt keinen eigenen Willen, steuerpolitisch Fortschritte zu machen. Der Stadtrat braucht den Druck von aussen, die Stadt endlich auch finanziell weiterzubringen. Ein bisschen Druck hat noch nie geschadet, sondern steigert die Leistung. Denn eines ist klar: Von alleine wird der Stadtrat nichts unternehmen.

Mit einer moderaten Steuerfussenkung um einen Prozentpunkt geben wir unserer Stadtregierung einen klaren Auftrag: Mit den Finanzen muss haushälterisch umgegangen werden. Es ist unsere Aufgabe und Verantwortung als Parlamentarier, den Stadtrat verbindlich in die Pflicht zu nehmen, endlich das Ausgabevolumen zu bremsen und die Finanzen in Ordnung zu bringen. Tun wir das nicht, geht das finanzpolitische Larifari weiter und die Ausgaben wachsen unbegrenzt weiter

Richtung Unendlichkeit.

Seien wir ehrlich, wir können hier drin ein paar Positionen kürzen, aber so richtig ins Gewicht fällt das nicht. Wenn einer das Steuer herumreissen kann, dann ist es der Stadtrat. Aber eben: Dazu braucht es die Kraft, auch einmal weniger attraktive Entscheidungen zu treffen. Geben wir dem Stadtrat heute den Auftrag und stärken ihm den Rücken, die Stadt finanzpolitisch weiterzubringen.

Die Abwanderung über den Rhein muss gestoppt werden. Deshalb darf die Entwicklung des Steuerfusses nur in eine Richtung zeigen: Nämlich nach unten. “

Christoph Lenz (AL):

Stellt fest, dass sich der Kreis jener, die angesichts der wirtschaftlichen Lage blinde Kuh spielen, noch erweitert hat. Jetzt ist die JSVP auch noch ins Boot gestiegen. Acht Stunden haben sich alle angehört, wie eine Mehrheit in diesem Parlament findet, der Staat müsse seine Aufgaben trotz schwierigem Umfeld wahrnehmen können; sämtliche Mehrausgaben von heute Abend sind von dieser Mehrheit auch getragen worden. Fabian Käslin täuscht sich, wenn er meint, dass man - nachdem die Ausgaben bewilligt sind - mit dem Eindampfen von Einnahmen trotzdem noch Spardruck ausüben könne. Ein Steuersenkungsdruck muss auch gar nicht ausgeübt werden, der Stadtrat hat in den letzten 8 Jahren sehr wohl seine Bereitschaft, die Steuern zu senken, bewiesen. Lange hat dies gut funktioniert, aber wie immer beim Spielen, eines Tages verzockt man sich. In diesem Fall ist dies zwar nicht bei den Stadtfinanzen passiert, sondern an der internationalen Börse. Wenn der Hammerschlag passiert, hat man plötzlich nicht mehr die Kraft, Steuersenkungen durchzuführen, die Daniel Preisig in Zweifel zieht. Unser Gemeinwesen hat zurzeit die Kraft nicht - davon ist die SP/AL-Fraktion überzeugt. Alle, die in den letzten 18 Monaten eine Zeitung aufgeschlagen haben, werden dem zustimmen, sofern sie nicht im Kreise jener befinden, die blinde Kuh spielen.

SR Peter Neukomm:

”Es war mir immer klar, dass dieses Thema nochmals aufgenommen wird, auch wenn in der GPK die Meinung relativ klar war, dass die vom Stadtrat vorgegebene Stossrichtung richtig war. Ich möchte Thomas Jaquet das Wort übergeben, um das Votum von Fabian Käslin zu relativieren. Das Ergebnis liegt nicht allzu viel vom GPK-Antrag entfernt, offensichtlich hätte er sein Referat überarbeiten sollen.

Thomas Jaquet, Zentralverwaltung:

Neues Defizit nach der Debatte:

Laufende Rechnung: Fr. 1'450'600.--, verschlechtert um Fr. 82'600.--

Investitionsrechnung: Fr. 29'582'000.-- gegenüber Fr. 29'302'000.--, Verschiebung von Fr. 280'000.--

SR Peter Neukomm:

Fabian Käslin muss vielleicht noch lernen, dass Politik nicht darin besteht, immer zu gewinnen; gerade in der Schweiz müssen Kompromisse geschlossen werden, manchmal unterliegt man sogar. Die Stadt hat den Steuerfuss seit 2001 von 112 auf 98 Punkte gesenkt. Darin ist der Steuerfussabtausch von 6 Punkten mit dem Kanton enthalten. Damit liegen wir deutlich unter dem kantonalen Mittel von 105 Punkten, was für eine Kantonshauptstadt mit umfangreichen Zentrumsfunktionen in jedem anderen Kanton sehr positiv vermerkt würde.

Wer unseren Steuerfuss mit demjenigen der kleinen Agglomerationsgürtelgemeinden

wie Stetten, Dörflingen oder Flurlingen - in anderen Kantonen spricht man vom Speckgürtel - vergleicht, ist einfach nicht ehrlich. Oder muss ich Ihnen noch aufzählen, welche Leistungen Schaffhausen im Gegensatz zu diesen Gemeinden für seine Einwohnerschaft und diejenige des ganzen Kantons sowie der Zürcher Nachbarschaft erbringt? Und noch zum tiefen Steuerfuss unserer Zürcher Nachbargemeinden, wo auch nicht alles Gold ist was glänzt: Ich zitiere aus dem Landboten vom 04.12.2009, Seite 22 aus einem Artikel unter dem Titel *Tiefer Steuerfuss hat Kehrseite: "Seit 2000 hat Andelfingen den Steuerfuss sukzessive von 128 auf 106% gesenkt. Das rächt sich. Der Nachholbedarf für den Unterhalt der Infrastruktur ist gross. Steuerfuss, Wasserzins und Abwassergebühr werden deshalb steigen."*

Die Steuerzahlerinnen und -zahler der Stadt sind in den vergangenen 8 Jahren durch zahlreiche Steuergesetzrevisionen und Steuerfussenkungen markant entlastet worden. Sie zahlen heute darum rund 20 - 30% weniger. Seit 2001 ergaben sich dadurch für die Stadt rund Fr. 30 Mio. weniger Steuereinnahmen. Wir sind also weit entfernt von einer Steuerhölle. Im Rahmen der Vorlage zur Steuersenkungsinitiative der Jungfreisinnigen, welche im Januar 2010 in den GrSR kommen wird, werden wir hierzu noch Details liefern.

Das Ausmass der Steuerentlastungen der letzten Jahre bezeichnete der kantonale Finanzdirektor Heinz Albicker als weltrekordverdächtig, und er warnte bei der letzten Steuergesetzrevision im Kantonsrat ausdrücklich davor, die Gemeinden jetzt nicht zu überfordern. Diese müssten in den nächsten Jahren erst einmal die beschlossenen Einnahmeausfälle verdauen.

Dass in den letzten Jahren derart grosse Steuerausfälle in der Stadt ohne Abbau öffentlicher Dienstleistungen aufgefangen werden konnten, war einem kräftigen Wirtschaftswachstum, einer erfolgreichen Ansiedlung neuer Unternehmen sowie einer vernünftigen städtischen Finanzpolitik zu verdanken.

Zurzeit gibt es einfach keinen Spielraum für weitere Steuersenkungen, wenn wir die gesetzliche Pflicht, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, ernst nehmen wollen. Da geht es dem Kanton gleich. Darum hat auch der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrat bei seiner Budgetdebatte auf eine Senkung des kantonalen Steuerfusses verzichtet, und ich habe auch nicht gehört, dass Daniel Preisig - der auch im Kantonsrat ist - den Regierungsrat für seine Strategien im Finanzplan kritisiert hat. Offensichtlich ist das in der Stadt etwas anderes. Auch der Regierungsrat hat im Finanzplan für die nächsten 3 Jahre keine Steuersenkungen im Kanton vorgesehen. Auch da geht die Stadt sehr synchron mit dem Kanton.

Ich glaube auch nicht, dass wir jetzt das Steuer herumreissen müssen, sondern dass wir das Steuer fest in der Hand halten müssen. Wir tragen die Verantwortung für alle Leute, die auf unsere Leistungen angewiesen sind; wir können nicht nur an den Steuerfuss denken, wie das gewisse Politikerinnen und Politikern in diesem Fall tun, was ihnen auch unbenommen sei.

Ich ersuche Sie deshalb im Namen des SR, den Pfad der Tugend auch in der Stadt einzuhalten und den Steuerfuss bei 98 Punkten zu belassen. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den vom Stadtrat vorgeschlagenen Steuerfuss von 98% mit 22 : 10 Stimmen gut.

Antrag 3:

Die Lohnsummentwicklung wird gemäss Art. 19 Absatz 2 Personalgesetz mit 0,7% festgelegt.

Fabian Käslin (JFSH):

"Ich spreche mich klar gegen eine Lohnerhöhung für das städtische Personal aus. Eine Lohnerhöhung ist zur jetzigen Zeit in der heutigen Situation nicht angebracht. Auf unserer Stadt lastet ein immenser Schuldenberg, der in den kommenden Jahren - gemäss dem Stadtrat - noch weiter ansteigen soll. Das vom Stadtrat vorgelegte Budget ist rot, jenes der GPK zwar stark verbessert, aber auch hier resultiert noch immer ein Verlust.

Dazu kommt, dass wir uns in der grössten Wirtschaftskrise seit mehreren Jahrzehnten befinden. Weltweit, aber auch hier in Schaffhausen, stottert der Wirtschaftsmotor massiv, viele Menschen fürchten um ihre Arbeitsplätze. Einige wurden bereits entlassen, in der Privatwirtschaft wird der Gürtel enger geschnallt, zwangsweise. Die Zahlen lassen nicht mehr zu. Hier ist einerseits Solidarität der Stadt gefordert; es ist ein Schlag ins Gesicht der Mehrheit der Arbeitnehmenden, welche keine Lohnerhöhung erhalten. Und es ist ebenfalls ein Schlag ins Gesicht der Steuerzahler; sie sollen trotz eigener Arbeitsplatzunsicherheit dem städtischen Personal noch mehr Lohn bezahlen. Und das obwohl doch Staatsangestellte eine Arbeitsplatzsicherheit haben, von der die Privatwirtschaft nur träumen kann. Das Bundesamt für Statistik prognostiziert für das ganze Jahr 2009 zudem sogar eine negative Teuerung von 0,4%. Noch ein Wort zum Kanton: Es ist ja grundsätzlich nicht falsch, wenn die Stadt sich vermehrt am Kanton orientiert. Nur wirtschaftet der Kanton wesentlich erfolgreicher. Man kann sich darüber streiten, ob dort eine Lohnerhöhung sinnvoll und wirklich notwendig ist; sicher ist nur, dass der Kanton dies finanziell besser tragen kann wie die Stadt. Es ist hier auch zu bemerken, dass beispielsweise der Kanton Thurgau eine Nullrunde beschlossen hat.

Negative Teuerung, Wirtschaftskrise, Schuldenberg, hohe Arbeitsplatzsicherheit beim Staat - all dies begründet meinen Antrag: Streichung der Lohnerhöhung des Personals im Namen einer Minderheit meiner Fraktion.

Betroffene Positionen:

0280.300.200, Behörden Lohnsummenentwicklung, Seite 32

0280.301.200 Verwaltung, Lohnsummentwicklung, Seite 32

0280.303.003 Anteil Sozialleistungen zur Verteilung, Seite 32. "

SR Peter Neukomm:

"Ich stelle Ihnen den Antrag, bei den vorgeschlagenen 0,7% Lohnsummensteigerung zu bleiben. Ich möchte zu Beginn meiner Begründung nochmals Regierungsrat Heinz Albicker aus der Budgetdebatte im Kantonsrat zitieren: *"Wir wollten die konstante Lohnpolitik auch in dieser negativen Phase weiterführen. Dieses Parlament wird kaum - wenn es der Wirtschaft wieder besser geht - so grosszügig sein und ebenso wie in der Privatwirtschaft höhere individuelle Lohnerhöhungen sprechen. Der Regierungsrat hat in den letzten Jahren nie überbordnet."*

Mit der beantragten Erhöhung der Lohnsumme kann das Qualifikationssystem ernst genommen werden, und wir können gute und sehr gute Leistungen auch 2010 honorieren. Dieses Geld wird von den Mitarbeitenden auch wieder ausgegeben und versteuert, was uns und der regionalen Wirtschaft zugute kommen wird.

Ich bin froh, dass Fabian Käslin diesen Antrag gestellt hat: Gemäss UBS-Lohnumfrage werden die Nominallöhne in der Schweiz nächstes Jahr *durchschnittlich* 0,8% steigen. Die Teuerung wird gemäss UBS-Prognose etwa gleich hoch liegen, was die Lohnerhöhungen somit umgehend wieder auffressen wird. Nur bei einem Drittel der Unternehmen wird es zu einer Nullrunde kommen. Und wer heute Nachrichten gehört hat, weiss, dass auch die UBS ihren Angestellten mehr Lohn geben wird: Bis und mit mittleres Kader wird die Lohnsumme der Mitarbeitenden um 1,2% erhöht.

Damit steht die Lohnsummensteigerung bei Kanton und Stadt überhaupt nicht quer in der Landschaft - vor allem auch, wenn man sie mit denjenigen der übrigen öffentlichen Arbeitgebern in unserem Land vergleicht: Hier liegt der Durchschnitt leicht über 1%. Bedenken Sie, dass die Mehrzahl der städtischen Mitarbeitenden zwischen Fr. 4'000 bis 6'000 pro Monat verdienen. Deshalb macht die bescheidene Lohnsummenerhöhung auch konjunkturell Sinn. Nullrunden sind Gift für die Wirtschaft, insbesondere wenn man die Explosion der Krankenkassenprämien per 2010 berücksichtigt. Eine vierköpfige Familie wird im kommenden Jahr Fr. 1'000.-- bis Fr. 1'500.-- mehr Prämien bezahlen müssen. Das bedeutet schweizweit Fr. 2 Milliarden weniger Kaufkraft.

Ich bitte Sie im Namen des Stadtrates, dem Antrag der GPK zuzustimmen. "

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst den von der GPK gestellten Antrag einer Lohnsummenentwicklung von 0,7% mit 28 : 4 Stimmen gut.

Antrag 4:

Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 Abs. 1 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung:

	Franken
330.500.320 Lindli, Umgestaltung u. Sanierung, 1. Tranche	280'000.--
350.524.211 KSS, Instandstellungsarbeiten	250'000.--
660.524.300 Schifffahrtsgesellschaft Untersee u. Rhein, Aufstockung Aktienkapital	300'000.--
750.501.765 Durach, Hochwasserschutz	600'000.--

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

Antrag 5:

Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2010 benötigten fremden Mittel zu beschaffen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Josef Eugster (SVP):

Wird dem Budget nicht zustimmen, weil er das Vertrauen in den Stadtrat sowie in einige Mitglieder aus diesem Parlament aufgrund der heutigen Budgetdebatte nicht habe. Des Weiteren stört es J. Eugster, dass sich der Stadtrat über Leistungsvereinbarungen hinweg setzt und findet betreffend Lohnerhöhung die angeführten Vergleiche zwischen UBS und der öffentlichen Verwaltung ziemlich sonderbar.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den Voranschlag 2010 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit 28 : 5 Stimmen gut.

SCHLUSSWORT DER RATSPRÄSIDENTIN:

Die heutige Sitzung ist wegen der langen Sitzungsdauer eine Dreifachsitzung.

Zu Traktandum 1 wurden keine Wortmeldungen verlangt, das Geschäft ist somit erledigt.

Ratssitzung vom Dienstag, 15. Dezember 2009, 18 Uhr:

Anschliessend an diese Ratssitzung findet ein Weihnachtsapéro statt.

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 00:21Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt